

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 2,60 M.
Im voraus zahlbar. Postbezug 4,32 M.
einjährlich 60 Pf. Postzeitungsgeld
72 Pf. Postbestellgebühren. Zusatzen-
schonungen 6.— M. pro Monat; für
Einzeln mit ermäßigtem Drucklohn
porto 5.— M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-
lich zweimal, Sonntags und Feiertags
einmal, die Abendausgabe für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“. Illustrierte Beilage „Lust
und Spiel“, Ferner „Frauenstimme“,
„Licht“, „Bild in die Zukunft“,
„Jugend-Vorwärts“ u. „Stadtblatte“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einzigste Kopierberechtigte 80 Pf.
Kleinanzeigen 5.— M. „Kleine An-
zeigen“ das festgedruckte Wort 25 Pf.
Geldstück zwei festgedruckte Worte, jedes
weitere Wort 12 Pf. Abends 11. Zeit-
stellungsgebühr das erste Wort 15 Pf.,
jedes weitere Wort 10 Pf. Worte über
15 Buchstaben zahlen für zwei Worte.
Arbeitsmarkt Seite 60 Pf. Familien-
anzeigen Seite 40 Pf. Angelegenheiten
im Hauptgeschäftsbüro 2. wochen-
täglich von 8½ bis 17 Uhr.
Der Verlag behält sich das Recht der
Abrechnung nicht genehmigt Anzeigen vor!

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernspr.: Dönhoff (A 7) 292-297, Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 57 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und
Beamten, Lindenstr. 3, D. S. u. Dis.-Gef., Depositenk., Jerusalemstr. 65-66.

Arbeiter und Angestellte!

Die Kommunistische Partei verehrt in Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ihre ersten Führer und Begründer. Auch über die Reihen dieser Partei hinaus gelten beide als Märtyrer der Arbeiterbewegung.

Jetzt hat die Kommunistische Partei sich verbündet mit den rechtsradikalen Parteien, aus deren Reihen die Mörder Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts hervorgegangen sind. Die heutigen Führer der KPD. schänden das Andenken ihrer beiden großen Vorkämpfer und

verlaufen die deutsche Arbeiterschaft an den Faschismus.

Die furchtbaren Entbehrungen, die Ihr seit Jahren zu tragen habt, sind der KPD. nicht genug. Sie will Euer Elend, Eure Not noch vergrößern. Die seitherigen Rotverordnungen wären ein Kinderspiel gegen die Willkürmaßnahmen, die Euch drohen, wenn in Preußen, in Deutschland die Faschisten und die Schwerindustrie regieren würden.

Ihr erlebt es in den letzten Wochen, daß schon die Möglichkeit eines Sieges des Faschismus die deutsche Wirtschaft an den Abgrund reißt und den Zusammenbruch der deutschen Währung in gefährliche Nähe rückt.

Nationalsozialisten und Stahlhelm sind nur Wegbereiter dieser Diktatur. Die Kommunistische Partei, die sich jetzt zum organisierten Arbeiterverrat bekennt, ist der Bundesgenosse dieser Heerscharen der sozialen Reaktion.

Der Sieg des Faschismus würde der deutschen Wirtschaft den Todesstoß versetzen. Er würde den Rest Eurer ohnehin verkümmerten Rechte mit einem Schlage beseitigen. Die Diktatur der pensionierten Generäle und der Schwerindustrie würde nicht viel Federlesen mit Euch machen.

Ihr älteren Arbeiter und Angestellten, die Ihr nicht nur das Nachkriegsdeutschland kennt, sondern auch die Jahrzehnte vor dem Kriege, in denen die deutsche Arbeiter- und Angestelltenbewegung ihren Kampf gegen die reaktionären Gewalten führte, Ihr wißt es am besten, wie damals Eure Rechte mit Füßen getreten wurden. Euch brauchen wir nicht an Eure Pflicht zu erinnern. Ihr werdet den hasserfüllten Gegnern unserer Bewegung nicht das jämmerliche Schauspiel bieten, am 9. August in das Lager Eurer Feinde überzulaufen.

Aber das ist nicht genug. Ihr habt auch die Verpflichtung, es der arbeitenden Jugend zu sagen, um was es geht. Die Jungen wissen nichts von der Vorkriegszeit, sie sehen nur die gegenwärtige Not. Sie können sich nicht vorstellen, daß eine Periode brutaler Entrechtung wiederkommen würde, wenn es den Kommunisten gelingt, den Faschismus in den Sattel zu setzen. So müßt Ihr Euren Kameraden im Betrieb das Gewissen schärfen. Ihr müßt Eure Verwandten und Freunde zurückhalten, den Faschisten zum Siege zu verhelfen. Ihr müßt alle sagen:

Wer am 9. August seine Stimme für den Volksentscheid abgibt, verrät die arbeitende Klasse. Wer der Einheitsparole von Hitler, Hugenberg und Thälmann folgt, begeht ein Verbrechen an seinen Kameraden; darum:

**Nieder mit dem Faschismus!
Nieder mit allen seinen Helfershelfern!**

Berlin, den 7. August 1931.

**Die Bundesvorstände
des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes
und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes.**

Wir marschieren!

**Glänzende Versammlungen der Berliner Sozialdemokratie
gegen den faschistischen Volksentscheid.**

Die Berliner Sozialdemokratie hatte die Arbeiterschaft zu fünf Versammlungen gegen den Volksentwurf der Hitler, Seldie und Thälmann in den fünf größten Sälen Berlins gerufen.

Diese Versammlungen sind zu machtvollen Kundgebungen der Klassenbewußten Arbeiterschaft gegen den Faschismus und seine kommunistischen Helfer geworden. In allen Versammlungen mußten Parallelsammlungen veranstaltet werden, und trotzdem fanden viele Tausende keinen Einlaß. In den Gärten und auf den Straßen standen die Massen, unerschütterlich ausharrend — kampfschlossend, bereit, dem Faschismus einen unübersteigbaren Damm entgegenzusetzen.

Die Berliner Arbeiter stehen in diesem Kampf zur Sozialdemokratischen Partei! Mit Zorn und Empörung wenden sie sich gegen den kommunistischen Klassenverrat. Eine Welle der Kampfschlossenheit nach alter sozialdemokratischer Tradition geht durch die Arbeiterschaft.

Jede einzelne dieser mächtigen Kundgebungen war stärker als die sogenannte Massenkundgebung der Kommunistischen Partei im Sportpalast am Donnerstag. Das ist die Antwort, die die Berliner Arbeiter den kommunistischen Bundesgenossen des Faschismus geben.

In drei dieser Versammlungen traten kommunistische Distinktionsredner auf. Ihre stammelnden Verlegenheitsphrasen zur Verteidigung der verräterischen Haltung ihrer Partei gingen in Empörung und Gelächter unter. An den

Kommunisten vollzieht sich ein Verzicht: die Arbeiterschaft spricht sie schuldig und verwirft ihre Partei!

Wenn die Sozialdemokratische Partei die Parole gegen den Volksentscheid der Reaktion ausgibt, so spricht sie im Namen der gesamten Klassenbewußten Berliner Arbeiterschaft. Die Sozialdemokratische Partei führt den Kampf gegen den Faschismus. Sie ist das Bollwerk, das sich dem reaktionären Ansturm entgegenstellt.

Sie ruft der Arbeiterschaft und allen Gegnern der Reaktion zu: **Wir marschieren! Her zu uns!**

Sie brauchen 13449500 Ja-Stimmen

Das Preussische Statistische Landesamt hat berechnet, daß es zur Zeit in Preußen 26 889 000 wahlberechtigte Personen gibt. Danach sind zu einem Erfolg des Volksentscheids mehr als 13 449 500 Ja-Stimmen erforderlich.

Gehaltszahlung bereits am Sonnabend

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat die preussische Regierung alle Vorzüge getroffen, daß die zweite Gehaltsrate für August bereits am Sonnabend, dem 8. August, den preussischen Staatsbeamten ausgezahlt werden kann.

Berliner Sparkasse zahlte schon gestern voll!

Bei der Sparkasse der Stadt Berlin konnte bereits am Freitag (statt am Sonnabend) der Auszahlungsvorbehalt im jahresgemäßen Rahmen aufgenommen werden. Der Verkehr wickelte sich überall glatt ab, die Zahl der Einzahlungen überstieg erheblich die Zahl der Auszahlungen.

Verdächtige Entrüstung.

Heute Freiheitsfänger — gestern noch Scharfrichter

In dem Laumeltanz um die durch Preußen angeblich verletzte Pressefreiheit wirken verdächtige Gestalten mit. Wir wissen wohl zu unterscheiden zwischen denen, die ehrlich um die Freiheit der Meinungsäußerung besorgt sind — nicht immer wird eine so sachlich urteilende Regierung in Preußen amtieren wie die gegenwärtige — und den anderen, die die „Freiheit“ nur respektieren, wenn sie sie für sich selber in Anspruch nehmen können.

Ein Beispiel für viele:

Vor einigen Tagen hat die Reichsregierung oder eine Stelle der Reichsregierung durch die Presseabteilung einem demokratischen Mittagsblatt eine „Auslage“-Erklärung zugesandt, die eine politische Programmklärung in Form einer gereizten polemischen Antwort auf sachliche politische Meinungsäußerung darstellte.

Der „Vorwärts“ hat sofort gegen diesen offenkundigen Mißbrauch der Presse-Rotverordnung auf das schärfste Protest hinsichtlich Form und Inhalt der Zuschrift erhoben. Die gesamte Rechtspresse, die heute so empfindlich greint, weil die republikanische Regierung Preußens in einem offenkundigen Mißbrauch von der Rotverordnung des Reichspräsidenten Gebrauch machte, hat damals im wesentlichen geschwiegen. Nur eines der Blätter hat sich sehr deutlich geäußert: In einem Organ des Herrn Hugenberg wurde nicht die Pressefreiheit gefordert, sondern — das Verbot des „Vorwärts“, weil es es gewagt hatte, einen Mißbrauch eines Mißbrauchs zu nennen!

Das gleiche Hugenberg-Blatt schreit heute mit den übrigen um die Bette gegen Otto Braun und preißt Hindenburg, weil er auf Drängen des „Stahlhelm“ seine eigene Verordnung nach Anwendung preisgibt! Der Scharfrichter von gestern ist heute zum Freiheitsfänger umgewandelt!

Die Entrüstung derer um Hugenberg ist durch diese Tatsachen hinreichend gekennzeichnet. Und was sich auf dem Wege über Hugenbergs Korrespondenzbüros und Maternkorrespondenzen in ein Heer von Provinzblättern ergießt, wird mit diesem Urteil gleich einbegriffen. Wo die politische Herabsetzung von Republikanern gewissermaßen zum Prinzip erhoben ist, kann man in einer Kundgebung einer republikanischen Regierung begrifflicherweise nichts anderes erblicken, als eine Störung der eigenen keineswegs erhebenden Tätigkeit.

Das alles sind Begleiterscheinungen eines politischen Kampfes, der längst vergiftet ist durch ein System der Verdächtigungen und persönlichen Berührungsimpfungen.

Aber auch diese üblen Begleiterscheinungen können nicht hindern, zu wiederholen, was wir bei Erlaß der umstrittenen Rotverordnung gesagt haben. Wir lieben die Rotverordnung nicht und hoffen, daß die Entwicklung der politischen Verhältnisse ihre baldige Erledigung möglich mache. Die Gefahren, die im System solcher Rotverordnungen liegen, sind gerade auf dem Gebiete der Meinungsäußerung mit Händen zu greifen. Jeder, der die Feder für irgendeine geistige Bestrebung führt, muß gleichermaßen wünschen, daß ihm keine überflüssigen Schwierigkeiten bei der Veröffentlichung seiner Gedanken gemacht werden.

Aber Voraussetzung ist doch dabei das ehrliche Wollen, der Menschheit und dem eigenen Volk zu dienen. Voraussetzung ist weiter, daß politischer Kampf ein Kampf mit geistigen Waffen bleibt, daß das Strohkorn in der Publizistik verfeimt sei. Seit Jahren ist die Neugestaltung des Pressegesetzes in Vorbereitung. Wann die ordentliche Beratung einmal im ordentlichen Gesetzgebungswege möglich sein wird, kann, angesichts der katastrophalen politischen Verwilderung und journalistischen Verrohung in gewissen Kreisen, leider niemand voraussagen. Gegen diese politisch-journalistische Verwilderung aber richtete sich die Rotverordnung des Reichspräsidenten. Sie war sozusagen ein Vorgriff auf das spätere Pressegesetz, von dem man annehmen darf, daß es den Notwendigkeiten der Neuzeit auch nach dieser Richtung gerecht werde. Wenn es Bestimmungen schafft, die geistige Auseinandersetzungen auf jedem Gebiete des öffentlichen Lebens ermöglicht, aber die heutige Praxis politischer Revolverjournalisten, die persönlichen Verleumdungen und Schmähungen unmöglich macht, so wird niemand dagegen Einspruch erheben, dem wirklich etwas an der Freiheit der Presse liegt.

Aber es wird auch notwendig sein, der Tatsache ins Auge zu sehen, daß in einem demokratischen Staate nicht nur die Presse Anspruch auf Freiheit hat. Die Presse wird

Freiheit, die sie meinen!

Wie die Rechte das Kulturgut der Pressefreiheit hochhält, wenn sie die Macht hat.

Der Stahlhelm und gemeinsam mit ihm die gesamte Presse der Rechte beschuldigt die preussische Staatsregierung der Verletzung der Pressefreiheit. Die Anbeter der Diktatur wollen sich zu Paladinen der Pressefreiheit aufwerfen. Mit einigen wenigen dokumentarischen Zeugnissen über ihr wahres Verhältnis zur Pressefreiheit reihen wir ihnen die heuchlerische Maske vom Gesicht.

Am 13. März 1920 erfolgte der Kapp-Putsch. Am 14. März 1923 ließ Kapps Reichswehrminister Lüttwitz folgenden Fernspruch ergehen:

„Reichskanzler ersucht, im ganzen Deutschen Reich diejenigen Zeitungen und Zeitschriften, die über die neue Regierung unwahre Gerüchte in Umlauf setzen, bis auf weiteres zu verbieten, den gesamten Redaktionsstab in Schutzhaft zu nehmen und, falls notwendig, auch das Wiedererscheinen der Blätter unmöglich zu machen. Der Befehl ist unverzüglich allen Dienststellen bekanntzugeben.“

Verbot und Schutzhaft für die Redakteure — das ist die wahre Pressefreiheit, die diese Leute meinen! Wo ist bis auf den heutigen Tag die Entrüstung aller der Rechtsblätter über diese Verfügung geblieben, die heute heuchlerisch über Verletzung der Pressefreiheit schreien?

Als während des Kapp-Putsches eine große Berliner Zeitung die Nachrichten der rechtmäßigen Regierung veröffentlichte, wurde ihr diese Veröffentlichung unterzogen. Gleichzeitig wurde ihr angedroht,

daß die Redakteure verhaftet und erschossen werden würden, wenn sie die Regierungsmeldungen weiter veröffentlichten!

Das wollen sie heute wieder haben! Damals wollten sie die Redakteure erschießen, die die Nachrichten der rechtmäßigen Regierung veröffentlichten, heute zittern sie laut, weil die preussische Staatsregierung für die Veröffentlichung ihres Ausrufs Sorge getragen hat. Das Geschrei von heute und die Drohung mit Erschießen von damals — das ist die Pressefreiheit, die sie meinen!

Dieser Versuch des Terrors durch die Kapp-Regierung wurde unternommen von dem sogenannten Pressedienst der Kapp-Regierung. Ihm gehörten deutsch-nationale Journalisten an, die heute aus vollem Hals über angebliche Verletzung der Presse-

freiheit schreien. Wir nennen Dr. Traub von der „Hugenbergschen München-Kugsburger Abendzeitung“ und Herrn Johannes E. Harnisch, Redakteur des „Hugenbergschen Lokal-Anzeiger“.

Das ist es, was sie unter Pressefreiheit verstehen. Und so sehen die Leute aus, die heute das Maul aufreißen.

Run zum Hitler-Putsch!
In der Putschnacht vom 8. auf den 9. November 1923

verbot der Presseschef des Herrn von Raahr, der Chefredakteur Adolf Schiedt, unter Androhung der Todesstrafe den Münchener Zeitungen, irgendwelche Nachrichten über die Vorgänge im Bürgerbräukeller zu veröffentlichen.

Todesstrafe für wahrheitsgemäße Nachrichten — so lassen sie die Pressefreiheit auf!

Herr Adolf Schiedt ist heute Chefredakteur der rechtsstehenden „Münchener Zeitung“. Er hat sich erdreistet, ein Telegramm an die Reichsarbeitsgemeinschaft der Deutschen Presse zu richten, in dem er die Anordnung der preussischen Staatsregierung ein Diktat, einen unerhörten Mißbrauch und eine tyrannische Maßnahme nennt. Das ist ganz der richtige Mann, der als Verteidiger der Pressefreiheit auftreten könnte!

Nach dem Hitler-Putsch zogen 200 schwerbewaffnete Hafenkreuzer vor das Gebäude der sozialdemokratischen „Münchener Post“.

Sie zertrümmerten die großen Schaufenster, stürzten die Verlagsräume und schlugen hier alles kurz und klein, ebenso in den Redaktionsräumen. Sie stahlen die Kasse, sechs Schreibmaschinen und die zur Auszahlung bereitgestellten Lohngehälter. Die Druckerei wurde zerstört.

Heute heucheln sie Erbitterung über eine angebliche Verletzung der Pressefreiheit, die nicht geschehen ist, morgen würden sie, wenn sie zur Macht gelangten, die Freiheit der Presse mit Füßen treten!

Wer das Kulturgut der Pressefreiheit bewahren will, der muß dafür sorgen, daß die Kräfte, die sich heute heuchlerisch als Verteidiger der Pressefreiheit aufspielen, niemals zur Macht gelangen!

— ihrer inneren Entwicklung nach — nur dann ihre Aufgabe erfüllen können, wenn sie nicht ein Staat im Staate ist, sondern als Diener öffentlicher Interessen auch den verfassungsmäßigen Regierungen nicht einfach die Möglichkeit verweigert, zum Volke zu sprechen, in dessen Namen sie handeln müssen.

Das ist ein so selbstverständlicher Grundsatz, daß es fast lächerlich erscheint, an ihn zu erinnern. Aber die Tatsache, daß die Konzernierung des Zeitungswesens es heute schon in der Hand hat, weiten Schichten der Leserschaft jede Möglichkeit zu nehmen, von den wirklichen Absichten und Taten der Regierenden überhaupt Kenntnis zu erhalten, macht auf den Uebelstand aufmerksam, aus dem die Notverordnung geboren ist.

Gerade im Interesse wirklicher Freiheit der Presse — als des Sprachrohrs der im Volk lebendigen Kräfte — ist es notwendig, zu betonen, daß diese Freiheit auch Pflichten umschließt, deren Nichterfüllung unfehlbar zu Konflikten führen muß. Die Entrüstung gegen die Anwendung einer Notverordnung ist innerlich unehrlich, wenn nicht der Wille dahintersteht, die Notverordnung durch Selbstdisziplin der Presse überflüssig zu machen.

Eine preussische Kundgebung.

Der Amtliche Preussische Pressedienst schreibt: „Die Notverordnung ist ausdrücklich zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen erlassen worden. Die „politischen Ausschreitungen“ aber in der radikalen, gegen die preussische Regierung Sturm laufende Presse haben eine starke Unruhe und Aufregung unter der Bevölkerung erzeugt. Dadurch wurde es zur Pflicht der preussischen Staatsregierung, ihre Stimme zu erheben und vor der Beteiligung an einem Unternehmen zu warnen, dessen Gefahren für das gesamte deutsche Volk von Tag zu Tag deutlicher sichtbar wurden. Es wäre pflichtvergeßen gewesen, wenn die Staatsregierung, an die ununterbrochen von den Freunden der Ordnung und Ruhe im Lande die dringende Aufforderung herantam, sich zu äußern, weiter geschwiegen hätte.“

Die preussische Staatsregierung hat von der Notverordnung auch deshalb Gebrauch gemacht, weil sie erfahren hat, daß

ein gewisser Teil der Presse nicht gewillt ist, freiwillig und loyal eine Stellungnahme der Landesregierung wörtlich zu veröffentlichen.

Nach Auffassung der preussischen Staatsregierung war damit ein begründeter Anlaß gegeben, auf Grund der Notverordnung eine amtliche Kundgebung über den Volksentscheid — das für das In- und Ausland wichtigste politische Ereignis dieser Tage — und zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen, gegen die man sonst wehrlos gewesen wäre, zu erlassen. Seit langem wird der politische Kampf in ganz Deutschland auf das unerhörteste durch die vielerorts geübte Taktik verschärft und vergiftet, nichts zu berichten, was für die preussische Regierung und ihre Leistungen spricht, aber alles immer vergrößert und verzerrt zu bringen, was etwa gegen die Arbeit der Staatsregierung vorgebracht werden könnte. Die ungeheuerlichsten Vorwürfe und Anschuldigungen wurden ununterbrochen in der radikalen Presse gegen die Staatsregierung erhoben, um die Staatsautorität durch diese Miniarbeit zu untergraben. Die preussische Staatsregierung ist aber der Ansicht, daß

„Nur eine starke Regierung in dieser ersten Zeit die Verhältnisse meistern kann.“

Sie hat es deshalb für notwendig gehalten, allen Wählern und Wählerinnen vor Augen zu führen, was es für unser Land und für die Existenz jedes einzelnen für Folgen haben kann, wenn etwa eine Mehrheit des Volkes der Parole des Volksentscheids folgen würde. Deshalb mußte die Staatsregierung entscheidenden Wert darauf legen, in der gesamten Presse des Landes gehört zu werden. Damit wollte sie zur Beruhigung derer beitragen, die hinter ihr stehen, und die in der widerspruchsvollen Aufnahme der zahllosen Beschimpfungen der Staatsregierung eine falsche und gefährliche Schwäche erblühten.

Die preussische Staatsregierung hat ihre Auffassung über den Volksentscheid der Öffentlichkeit mitgeteilt. Sie hat dem nichts mehr hinzuzufügen. Mögen die preussischen Wähler und Wählerinnen klar erkennen, daß es beim Volksentscheid um mehr geht als um das Schicksal eines Landtags oder einer Regierung. Mögen sie sich vor Augen halten, daß unter aller Beschuldigung, daß die wirtschaftliche Grundlage Deutschlands und seine politische Gestaltung an diesem Tage entscheidend beeinflusst werden!

Zentrumsaufruf gegen Volksentscheid.

Gegen die Lüge von der marxistischen Risikowirtschaft.

Die preussische Zentrumspartei veröffentlicht einen Aufruf gegen den Volksentscheid, in dem es heißt:

„Der Volksentscheid soll nach der Parole seiner Väter einer „zehnjährigen marxistischen Risikowirtschaft in Preußen“ ein Ende machen. Bis zum Jahre 1925 bestand in Preußen die Große Koalition, aus der damals die Deutsche Volkspartei ohne Grund austrat. Aber auch von da ab zählte das Preussische Kabinett unter acht Ministern mindestens fünf nichtsozialistische Mitglieder.“

War es nun Risikowirtschaft, wenn unter dieser Koalitionsregierung Preußen von allen politischen Erschütterungen und Zittererschütterungen fast völlig verschont blieb und einen festen Block der Ordnung in allen vergangenen Jahren bildete?

War es Risikowirtschaft, wenn die preussischen Finanzen bis heute dank alspreussischer Sparjamkeit in guter Verfassung blieben?

War es Risikowirtschaft, wenn für die Förderung der Landwirtschaft wie auch aller anderen notwendigen Gewerbegebiete viele Hunderte von Millionen staatslicherseits aufgewandt wurden? Wenn 70 Prozent aller Neubauwohnungen mit Staatsmitteln gefördert wurden? Wenn das Schul- und Bildungsweisen unter großen Geldopfern auf eine niegekannte Höhe gebracht wurde?

„Das wahre Ziel seines Kampfes offenbart der Rechtsradikalismus mit seiner Parole: „Ueber Preußen zum Sturz des Kabinetts Brüning.“ Es geht also um die Eroberung der gesamten politischen Macht! Haben diese Kreise wirklich nicht aus den Verhandlungen der verflochtenen Wochen gelernt? Das Kabinett Brüning in einem Augenblick stürzen zu wollen, in dem es in entscheidenden Verhandlungen mit dem Ausland steht und fäden neuen Vertrauens geknüpft hat, die uns vor weiterem Niedergang bewahren sollen, hieße, die langsam erwachende Hilfsbereitschaft wieder völlig zerbrechen und das Vertrauen des Volkes in die gesunde Kraft unserer innerdeutschen Wirtschaft vernichten!“

Für unsere Freunde in Stadt und Land ergibt als Lösung zum 9. August: „Keine Beteiligung an diesem Volksentscheid!“ Wir bleiben der Wahl fern. Nur wer glaubt, aus persönlichen Gründen an einer Wahlbeteiligung nicht vorbeikommen zu können, der gehe hin, stimmte aber mit „Nein“.

Die Arbeiter gegen die KPD.

Die Stimmung in den Betrieben.

Gestern nahm der Arbeiterrat der Firma Stad-Marienfelde eine Entscheidung über den Volksentscheid. Der Arbeiterrat besteht aus sechs Sozialdemokraten und fünf Kommunisten. Mit sieben Stimmen bei vier Enthaltungen nahm der Arbeiterrat eine Entscheidung an, in der die Belegschaft aufgefordert wird, sich nicht an dem deutsch-nationalen Stahlhelmsvolksentscheid zu beteiligen, der nur zur Verelendung der Massen führe.

Bei Löwe-Radio fand am Donnerstag die Wahl des Arbeiterrats statt. Bei der letzten Wahl im Juni erhielten die freien Gewerkschaften 287 Stimmen und vier Mandate, die kommunistische KPD 322 Stimmen und fünf Mandate. Da die kommunistischen Arbeiterratsmitglieder bei allen schwierigen Situationen immer die Sozialdemokraten vorschoben, und sich von der Verantwortung drückten, legten die freigeberischen Arbeiterratsmitglieder ihre Mandate nieder, um die Belegschaft entscheiden zu lassen. Bei der Neuwahl erhielten die freien Gewerkschaften 328 Stimmen und sechs Mandate, die Kommunisten 183 Stimmen und drei Mandate.

In einer stark besuchten Versammlung der Belegschaft der H.E.G. in Treptow, wo bisher die KPD. einen großen Einfluß

hatte, wurde gestern mit allen gegen elf Stimmen eine Entscheidung angenommen, in der es heißt:

„Die Anwesenden halten den schwarzweissen Volksentscheid der Hugenberg, Hiller, Seidte, Dählmann für verderblich und werden ihre Kräfte dem Kampf gegen diesen Volksentscheid zur Verfügung stellen. Kein besonnener Arbeiter wird sich am Sonntag, dem 8. August 1931, an diesem Volksentscheid beteiligen!“

Die Massenversammlung der Einundzwanzig.

Gestern war „große Massenversammlung“ der KPD. in der Siemensstadt. Von den rund 40000 Menschen, die gegenwärtig dort beschäftigt werden, waren 21 (einundzwanzig) erschienen, die es sich in dem großen Saal bei Weidner, der über 10000 Personen faßt, gemütlich machen konnten. Der kommunistische Reichstagsabgeordnete Ulbricht war in Begleitung eines Stütztrupps von 30 Arbeitslosen und Jungkommunisten gekommen, womit er in der Versammlung eine sichere Mehrheit hatte. Trotzdem wagte man selbst dieser Versammlung nicht einmal eine Entscheidung für den Volksentscheid vorzulegen. Gefallen Hauptes zog Herr Ulbricht wieder ab.

Endlich handelspolitische Vernunft!

Devisenzuteilung nach Bedarf. — Keine Dringlichkeitsliste.

Die Reichsregierung hat die Devisenbewirtschaftungsstellen angewiesen, bis auf weiteres den Firmen, die eine entsprechende Handelsstammersbescheinigung vorweisen können, allgemeine Genehmigung zum Erwerb von Devisen und zur Verfügung über Devisen zu erteilen, soweit diese Devisen zur Finanzierung der Einfuhr und Ausfuhr und des Transithandels von Waren verwendet werden sollen. Die Reichsregierung erwartet aber von Verbraucherschaft, Handel und Banken, daß sie bei der Einfuhr insbesondere von Luxuswaren und Genussmitteln sich die durch die Wirtschaftslage gebotene Zurückhaltung auferlegen. Eine Kontrolle der Verwendung der für die Einfuhr in Anspruch genommenen Devisen wird nachträglich durch die Devisenbewirtschaftungsstellen stattfinden.

Die Durchführungsbestimmungen zur Devisenverordnung sind entsprechend diesem Beschluß der Reichsregierung abgeändert worden. Auf eine Bescheinigung der zuständigen Industrie- und Handelskammer wird eine allgemeine Genehmigung zum Ankauf von Devisen und zur Verfügung über Devisen erteilt, wenn diese Devisen im Rahmen des bisherigen Geschäftsbetriebs für die Einfuhr und Ausfuhr und den Transithandel von Waren benötigt werden. Zahlungen zur Abdeckung von Schulden bei ausländischen Banken sind ausdrücklich von der allgemeinen Genehmigung auszunehmen. Die allgemeine Ermächtigung berechtigt auch zum Abschluß von Termingeschäften über ausländische Zahlungsmittel gegen inländische Zahlungsmittel, wenn diese Geschäfte mit der Reichsbank oder mit den von dieser ermächtigten Kreditinstituten abgeschlossen werden. Die Handelskammer kann die Erteilung der oben erwähnten Bescheinigung ohne Angabe von Gründen verweigern. Die Bescheinigung ist zu entziehen, wenn die Voraussetzungen der Erteilung nicht oder nicht mehr vorliegen. Jede

Firma hat bis zum 6. des folgenden Monats an die zuständige Stelle für Devisenbewirtschaftung eine Aufstellung über die vorgenannten Devisengeschäfte einzureichen.

Die Reichsregierung ist mit diesem Beschluß erfreulicherweise von den Bestrebungen, ein autarkes Wirtschaftssystem in Deutschland von hinter her, d. h. auf dem Umwege über die Devisenbewirtschaftung einzuführen, abgerückt. Wenn auch vielleicht an den verantwortlichen Stellen nicht die Absicht bestand, so lag doch die Gefahr sehr nahe, daß man mit Hilfe der vorgesehenen differenzierten Devisenzuteilung auf die Wareneinfuhr unser ganzes handelspolitisches System auf den Kopf stellte. Die ursprünglichen Bestimmungen, insbesondere die Gruppierung der Wareneinfuhr nach Lebenswichtig, weniger wichtig und unwichtig (oder unerwünscht!), hatten bereits zu sehr erregten Äußerungen im Ausland geführt, die Deutschland eine höchst illogische Verletzung der Handelsverträge vorwarfen und deshalb mit entsprechenden Repressalien drohten. Die Gefahren für den deutschen Export und für die gesamte Wirtschaft sind mit der Freigabe des Devisenverkehrs für den Außenhandel beseitigt.

Ministerpräsident MacDonald und Staatssekretär Simson waren am Donnerstag und Freitag gemeinsam in Schottland; es wurden besonders die politischen und finanziellen Probleme Englands erörtert. MacDonald wird in etwa 14 Tagen zur Erörterung von Sparmaßnahmen in dem von der Regierung eingelegten Ausschuss nach London zurückkehren.

Die steigende Arbeitslosigkeit in Wien zeigt sich darin, daß die Zahl der unterstützten Arbeitslosen in der zweiten Jahreshälfte sich um 2130 auf 886 111 vermehrt hat; gegen das Vorjahr um 15 433.

Sturm gegen den Volksbetrug. Die Riesenkundgebungen der Berliner Sozialdemokratie. - Wir greifen an!

In den größten Sälen Berlins hat gestern die in der Sozialdemokratie geeinte Berliner Arbeiterschaft durch fünf Riesensammlungen, die eine wie die andere überfüllt waren und durch ebenfalls überfüllte Parallelversammlungen erweitert wurden, aufgerufen zum Kampf gegen den kommunistischen Verrat und den Vorstoß der Reaktion.

Fünftausend im Friedrichshain.

Allein die Kundgebung im Saalbau Friedrichshain wies nach der Zahl der Menschen einen stärkeren Besuch auf als der gestrige kommunistische Aufmarsch im Sportpalast. Die Ansprachen der Genossen Arthur Crispian und Clara Bohm-Schuch wurden von etwa 5000 Menschen gehört.

An diesem Vorstoß gegen das Proletariat beteiligen sich die Kommunisten, die noch am 1. Juli den Volksentscheid einen Ausplünderungsfeldzug nannten. Sie begehen dadurch Verrat.

Sie handeln auf Befehl aus Moskau. Die Verbindungen zwischen dem deutschen Kapital und dem Bolschewismus sind eng und innig. Rußland will Deutschland von den Westmächten trennen.

Das sind keine Arbeiterführer, sondern bezahlte Agenten, die ihren Paß nach Moskau für die Stunde der Not in der Tasche haben.

Das deutsche Proletariat kann dann, was sie angerichtet haben, ausbaden. Aus eigener bitterer Erfahrung weiß ich, wie die Turkestaner

1920 mit gutem, klingendem Lohn Agenten gewinnen wollten. Das sind politische Banditen und Freibeuter, die unschädlich gemacht werden müssen, wenn jemals die Arbeiterbewegung gesunden soll.

Sie, die so vieles überwunden hat, wird auch Hitler, Hugenberg und Thälmann zum Teufel jagen.

(Nicht endenwollender Beifall.) Unser Sieg trotz alledem! Genossin Bohm-Schuch wandte sich vor allem an die Frauen. „Dah wir überhaupt zu diesem Volksentscheid Stellung nehmen müssen, ist das größte Verbrechen, das die Kommunisten begehen konnten.“

Politischer Banditismus. Revolverjournalistik in der Hafentanzpresse.

Der „Angriff“ hat in seinen Ausgaben von Donnerstag und Freitag eine Reihe von offenkundigen, schmutzigen Verleumdungen gegen den Genossen Brolat, die sein Privatleben in niedrigster Weise verdächtigen, verbreitet.

Gegen diese gemeinste Form des politischen Kampfes verfährt leider jeder Rechtschuh. Genosse Brolat schreibt uns dazu in berechtigter Erregung:

„Ich erkläre, daß die Behauptungen des „Angriff“ über mich von A bis Z erstickt und erlogen sind. Die Burschen, die derartige erlogene Behauptungen in der Presse über mich verbreiten, sind in meinen Augen politische Banditen und Wegelagerer.“

Mieten müssen runter!

„Weitere Liebesgaben an den Hausbesitz unerträglich!“

Der Reichsbund Deutscher Mieter e. V. hat an den Reichkanzler und die Reichsminister folgendes Telegramm gerichtet:

„Steigende wirtschaftliche Not weiter Kreise der Wohnraummieter und der Geschäftsräummieter erfordert unverzügliche Maßnahmen zur Senkung der Mieten für Alt- und Neubauten bis auf die Höhe der Vorkriegsmieten.“

Kommunist Urbanus wandte sich gegen den Volksentscheid, aber ebenso gegen die Regierung Braun-Devering. In seinem Schlußwort betonte Genosse Crispian unter stürmischer Zustimmung, daß nur die Sozialdemokratie den Faschismus wirklich bekämpfe.

Riesensammlung in der Hasenheide

Schon lange vor Beginn der Versammlung war der große Saal von „Allems Festfäden“ in der Hasenheide gänzlich überfüllt, so daß in einem anderen Raum noch eine Parallelveranstaltung stattfinden mußte.

Wie der Hund der Hündin, so läuft der Transporthelfer Thälmann heute Adolf Hitler und den Hugenbergianern nach!

Dieser Arbeiterverrat ist das größte Verbrechen, das an der Arbeiterschaft als Klasse verübt worden ist! (Lebhafter Beifall.) Wenn es aber sein muß, dann werden wir mit allen Mitteln unsere Rechte zu verteidigen wissen.

Parallelversammlung auch in der Hochschulbrauerei.

Die Versammlung in der Hochschulbrauerei in der Seefstraße, in der Karl Lütke und Käthe Kern referierten, war gleichfalls vor Beginn überfüllt.



In diesem Augenblick fuhr ein Feuerwehrowagen mit Fackeln durch die Gasse und bei seinem Licht sah Worobjew einen so schrecklichen Ausdruck auf Ostaps Gesicht, daß er sich sofort unterwarf und ihm den Stuhl übergab.

„Jetzt ist es gut“, sagte Ostap und atmete erleichtert auf, „der Zustand ist unterdrückt. Nehmen Sie den Stuhl und tragen Sie ihn mir nach. Sie sind für ihn verantwortlich.“

Die ganze Nacht hindurch irrten die Konzeßionäre inmitten der entsehten Menschenmenge umher, wie alle andern trauten sie sich nicht, in die verlassen Häuser einzutreten und erwarteten neue Erdstöße.

Gegen Morgen fand Ostap ein Plätzchen, in dessen Nähe keine Mauern waren, die sie hätten bedrohen, und keine Menschen waren, die sie hätten töten können, und so machten sie sich daran, den Stuhl zu untersuchen.

Das Resultat war für die beiden Konzeßionäre erschütternd. Im Stuhl war nichts zu finden. Für Worobjew waren die Aufregungen der letzten Nacht zu viel gewesen, er hielt es nicht aus. Er fiel wie ein Tier auf Hände und Füße nieder, wandte sein müdes Gesicht der trüben roten Sonne zu und heulte.

„Schließlich und endlich“, sagte Ostap mit der Stimme eines vom Inphus Gehefenden, „sind von hundert Chancen immer noch hundert geblieben. Der letzte Stuhl — bei diesen Worten kam Worobjew zu sich — ist im Warendepot des Oktoberbahnhofes verschwunden, aber schließlich hat ihn doch nicht die Erde verschluckt.“

Irgendwo fiel mit Gepolter eine Mauer in Trümmer. Eine Dampfsirene schrie in langgezogenen Tönen. Eine Frau mit aufgelöstem Haar, im Unterrock, lief durch die Straße...

Der Schah.

An einem regnerischen Oktobertag arbeitete Worobjew in Iwanopulos Zimmer, ohne Rock, nur in der sternbesetzten Weste. Er arbeitete auf dem Fensterbrett, da es hier noch immer keinen Tisch gab.

Ostap, der täglich mit Worobjew zusammentam, bemerkte keinerlei Veränderung an ihm. Und doch war Worobjews Wesen sehr verändert. Wenn er heute in seinem heimatischen Amt erschienen wäre, hätte man ihn für einen armeneligen Bittsteller gehalten.

Auch innerlich war Worobjew verändert. In seinem Charakter zeigten sich kleine Züge der Entschlossenheit und Graufamkeit, die ihm früher durchaus nicht eigen gewesen waren.

In der letzten Zeit hatte sich Worobjews ein schwerer Verdacht bemächtigt. Er fürchtete, Ostap würde den letzten Stuhl selbst öffnen, den Schah an sich nehmen, Worobjew seinem Schicksal überlassen und verschwinden.

Ostap aber kam jeden Abend zurück, obwohl er keine fröhlichen Nachrichten zu überbringen hatte. Seine Energie und sein Humor waren unerschöpflich, die Hoffnung verließ ihn keinen Moment lang.

„Appolit Matweewitsch!“ schrie er. „Hören Sie zu, Appolit Matweewitsch!“

„Worobjew staunte. Nie noch hatte ihn der technische Direktor bei seinem Tauf- und Vaternamen gerufen. Und plötzlich verstand er.“

„Schreien Sie nicht, man hört ja alles!“

„Es ist wahr, fremde Leute könnten es hören“, flüsterte Ostap rasch. „Er ist da, Kissa, und wenn Sie wollen, kann er sofort vorgeführt werden.“

Ostap geriet in einen seltsamen Wirbel von Hebermut, wie nie zuvor. Aus Freude darüber, daß sich der Schah vielleicht noch heute nacht in ihren Händen befinden werde, hatte er sich die Erlaubnis erteilt, sich dumm und kindisch zu benehmen.

Ostap geriet in einen seltsamen Wirbel von Hebermut, wie nie zuvor. Aus Freude darüber, daß sich der Schah vielleicht noch heute nacht in ihren Händen befinden werde, hatte er sich die Erlaubnis erteilt, sich dumm und kindisch zu benehmen.

appellerte an die Frauen, am Sonntag der Abstimmung fernzubleiben. Ein Kommunist, der in der Diskussion stammelnd den Umfall und Verrat seiner Partei zu rechtfertigen suchte, mußte unter dem Geschrei der Versammlung bald abtreten.

Ueberfüllte Säle auch am Gesundbrunnen.

Auch die Kundgebung für die nördlichen Bezirke in den Antik-Sälen am Gesundbrunnen nahm einen blendenden Verlauf. Lange vor Beginn mußte der eine Saal wegen Ueberfüllung gesperrt werden. Nach kurzer Zeit fanden auch im zweiten Saal die Arbeiter des Wedding und vom Prenzlauer Berg Kopf an Kopf. In dem unteren Saal referierte Genosse Otto Meier, in dem oberen Genossin Mathilde Barm. „Ein armfelziges Schlagwort beherrschte die Agitation unserer Gegner“, führte Otto Meier aus, „nämlich die Phrase: Es muß anders werden.“ Allerdings hat die Konterrevolution jetzt zu einem entscheidenden Schlag gegen die deutsche Arbeiterbewegung ausgeholt und den günstigsten Zeitpunkt gewählt. Die Rot der Zeit ist groß genug. Ganz richtig hat seinerzeit im Landtag der Kommunist Schwent den Volksentscheid als den größten Volksbetrug bezeichnet. Dann plägte in das politische Leben der wohnwichtige Beschluß der KPD-Zentrale, am 9. August für die Konterrevolution zu stimmen. Wenn die Kommunisten von einem roten Volksentscheid reden, dann erklären wir: Die KPD hat gar keinen Volksentscheid in die Wege geleitet.

die KPD hat nur diese Mißgeburt des Stahlhelms für sich annektiert. (Stürmischer Beifall.) Die deutsche Arbeiterbewegung kennt keinen ähnlichen Verrat an den Interessen des Proletariats als diesen Beschluß der KPD-Zentrale.

Es ist ein grauenvoller Irrtum, leichtfertig zu sagen: Schlimmer als jetzt kann es nicht kommen, wo die Hitler-Banden nur darauf warten, die Arbeiterbewegung in einem Meer von Blut zu ertränken. Dann wird man sich noch einmal nach dem Regime Otto Brauns und Karl Severings zurücksehen. Der sich immer wiederholende Beifall zu den Ausführungen des Genossen Meier bewies, daß die Arbeiter und Arbeiterfrauen seiner Darstellung der politischen Situation voll und ganz zustimmen. Der kommende Sonntag muß der Reaktion eine Niederlage bringen.

Einige anwesende kommunistische Agenten verlangten anschließend zu diskutieren. Das Büro der Versammlung erklärte unter der Zustimmung aller Anwesenden,

daß man mit Leuten, die noch wenige Minuten vor Beginn der Versammlung erneut sozialdemokratische Flugblattverleiher überfallen hatten, nicht mehr diskutieren könne.

Als darauf die Agenten der Thälmann-Zentrale tratschen wollten, wurden sie kurzerhand an die frische Luft gesetzt. Die Versammlung schloß mit einem begeisterten Hoch auf die Sozialdemokratie.

In den Spichernsälen

hatten die Kreise Wilmersdorf und Charlottenburg zur Kundgebung gegen den Volksentscheid aufgerufen. Wilhelm Dittmann kennzeichnete die arbeitserfindliche Politik der kommunistischen Partei mit ihren eigenen Worten. Noch vor wenigen Wochen haben die Zeitungen der KPD, die Einheitsfront der reaktionären Volksentscheidparteien als das gekennzeichnet, was sie ist: als ein Unternehmen des Großkapitals, des Junkertums und des Faschismus. Heute ist die kommunistische Partei dazu übergegangen, diesen Volksbetrug selbst zu fördern. Sie folgt dabei den alten anarchistischen Parolen, die sie schon in der Aufstiegszeit unseligen Angebens herausgab: „Erst muß es schlechter werden, damit es besser wird. Je elender der Arbeiter, desto eher empört er sich.“ Das Gegenteil davon ist wahr. Die kommunistischen Arbeiter auf dem Lande und in den Kleinstädten wissen genau, was ihnen von der Junker- und Kapitalistenherrschaft blüht: vollkommene Entrechtung, verschärfter Terror und Elendslöhne.

Die Herrschaft der Kasten, die den Krieg und das heutige Elend verschuldet haben, soll wieder ausgerichtet werden!

Dagegen gilt es, alle Kräfte der Arbeiterschaft und aller Republikaner zu sammeln, um den Volksentscheid zur großen Niederlage für die Feinde des Volkes werden zu lassen. Preußen muß als Stütze der Demokratie und der Republik erhalten bleiben.

Genossin Toni Sender untersuchte vor allem die Ursachen der heutigen Krise, die durch die Herrschaft des Kapitalismus und die Unfähigkeit der kapitalistischen Wirtschaftsführer verschuldet ist. Schacht, der jetzt in der reaktionären Front steht, hat den Gemeinden die langfristigen Kredite gesperrt und sie gezwungen, teure, kurzfristige Kredite aufzunehmen. Mit durch seine Politik brach die Krise in Deutschland um anderthalb Jahre früher herein als in den anderen Ländern.

Jetzt nehmen die deutschen Unternehmer Staatshilfe in Anspruch. Aber sie wollen ihren eigenen Grundriss nicht durchführen; wer das Risiko trägt, muß auch die Leitung haben. Wir wollen diesem Grundriss jetzt zur Durchführung verhelfen.

denn dieses System, das Millionen nicht mehr die nackte Existenz gewährleisten kann, hat seine Daseinsberechtigung verloren.

Um aber zunächst den Weg aus der Katastrophe herauszufinden, muß dafür gesorgt werden, daß in Deutschland die politische und wirtschaftliche Bewegung eintritt, die uns die dringend notwendige Hilfe des Auslands verschafft. Wir müssen immer daran denken, daß es Sozialisten gewesen sind, die uns die erste Hilfe des Auslands verschafft haben. Macdonald und Henderson haben sich in Amerika für die Stundung unserer Schulden eingesetzt, und auch im Innern Deutschlands kann der Weg aus der Krise nur gefunden werden, wenn der Einfluß des Sozialismus nicht nur erhalten bleibt, sondern noch gestärkt wird. Deswegen darf keiner sich am Volksentscheid beteiligen, denn er bedeutet den Sieg der Reaktion und das Chaos.

Der Vorsitzende der Versammlung forderte den von der „Roten Fahne“ groß angekündigten kommunistischen Diskussionsabend auf, das Wort zu ergreifen. Es meldete sich aber keiner. So konnte die Versammlung unter großem Beifall der Anwesenden ohne Diskussion geschlossen werden.

Die Beamten in der Neuen Welt.

Der Einheitsverband der Eisenbahner und der Ortsausschuß des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes hatten zu einer Kundgebung gegen den Volksentscheid in der „Neuen Welt“ aufgerufen. Die überfüllte, namentlich auch von zahlreichen Frauen besuchte Versammlung nahm einen glänzenden Verlauf. Der Referent des Abends, Genosse Dr. Kurt Vöckner, kennzeichnete den Volksentscheid als den großen Vorstoß der Reaktion.

Der Volksentscheid muß zum Volksgericht werden über die Volksbetrüger vom Stahlhelm und Volkseisernen. Der große Beifall zeigte, daß alle verantwortungsbewußten Beamten mit diesem Volksentscheid nichts zu schaffen haben wollen.

Krawalle in der Friedrichstadt.

Kommunistische Schaufensterstürmer in den Spuren der Hakenkreuzler.

In der Friedrichstadt wurden gestern Abend von kommunistischen Störungstrüben die Schaufensterscheiben mehrerer Geschäfte durch Steinwürfe zertrümmert. Als die Polizei eingriff, flüchteten die Täter, und den meisten von ihnen gelang es bei dem starken Publikumsverkehr, der kurz vor Geschäftsschluß in der Friedrichstraße herrschte, zu entkommen. Zwei Personen wurden festgenommen und der Politischen Polizei übergeben.

Kurz vor 19 Uhr versuchten meist junge Burschen aus den Nebenstraßen in die Friedrichstraße zu ziehen und hier unter Hoch- und Niederrufen Demonstrationen zu bilden. Wie auf Kommando wurden aus den Reihen der Unruhestifter Pfastersteine gegen die Scheiben mehrerer Schuh-, Konfekt- und Stahlwarengeschäfte geschleudert. Das Krachen der zerplatzenden Scheiben brachte große Unruhe unter die Passanten. Aber auch die Geschäftsleute des von dem Krawall betroffenen Straßenschnittes, vornehmlich einige Juwelieregeschäfte, sicherten sich dadurch, daß sie sofort die Jalousien herunterließen und ihre Läden früher schlossen. Die wenigen Beamten, die den Scheibenzertrümmern zunächst entgegentraten, erhielten sehr schnell Verstärkung durch

berittene Kommandos und zahlreiche Mannschaften, die auf Schnelllastwagen herangeführt wurden. Die Ruhe konnte schon nach wenigen Minuten wieder hergestellt werden. Wie immer wurde die Arbeit der Polizei dadurch erschwert, daß das Publikum, das aus den Geschäftstokalen strömte, nicht sofort weiterging, sondern an den Straßenecken neugierig stehen blieb und den Beamten so zunächst jede Ueberblick nahm. Mehr Selbstdisziplin des Publikums würde von der Polizei zweifellos begrüßt und vor manchen Mißgriffen, die sonst unausbleiblich sind, bewahren.

Einige Zeit später versuchte an der Kanonierstraße abermals ein kommunistischer Zug unter Führung eines Mannes, der eine rote Armbinde trug, zu demonstrieren. Die Straße konnte schnell freigemacht und der Haupttrüfführer, ein siebenmal vorbestrafter Mann, festgenommen werden.

In der Ackerstraße wurde gestern nachmittag der Bezirksführer der 16. Abteilung bei der Flugblattverbreitung von sieben Kommunisten überfallen und seiner Flugblätter beraubt. Die Täter entkamen. In der Kaiser-Friedrich-Straße in Neutölln wurde ein Mitglied der SWJ. von Nazis angegriffen und tödlich beleidigt. Der Haupttäter wurde festgenommen und der Politischen Polizei übergeben.

Schweres Eisenbahnunglück.

Schnellzug rast auf Personenzug. — Bisher fünf Tote.

Warschau, 7. August.

Kurz vor Bialystok ereignete sich am Freitagvormittag ein schweres Eisenbahnunglück. Ein aus Warschau kommender Personenzug mußte infolge Maschinenschadens auf freier Strecke, etwa 4 Kilometer vor Bialystok, haltmachen. Indessen fuhr ein Schnellzug gleichfalls auf demselben Gleis aus Warschau nach Bialystok ab. Da das Zugpersonal des im Felde stehen gebliebenen Personenzuges keinerlei Sicherheitsmaßnahmen getroffen hatte und der Schnellzug auch sonst ohne Warnung seine Fahrt mit voller Geschwindigkeit fortsetzte, war das Unglück unvermeidlich. Der Zusammenstoß war so heftig, daß der letzte Wagen des Personenzuges völlig zertrümmert wurde. Die Lokomotive des Schnellzuges entgleiste und stürzte den Eisenbahndamen hinunter. Bis jetzt wurden fünf Tote und mehrere Schwerverletzte unter den Trümmern hervorgezogen. Ungefähr 30 Personen tugen leichtere Verletzungen davon.

Der Ueberfall im Postamt.

Wie ausgesteuerte Jugendliche zu Verbrechern wurden.

Die Rotverordnung, die die Rot der Gemeinschaft vermindern soll, steigert vielfach die Rot des einzelnen. Rot und Verbrechen sind aber Zwillingbrüder...

Der achtzehnjährige S. hatte keine frohe Jugend. Während der Vater im Kriege war, wurde er bei der Großmutter erzogen; später kam er zur Stiefmutter, der Vater hatte für ihn nicht viel übrig und entzweite sich mit dem Sohn endgültig, als dieser nicht Schuster werden wollte wie er, sondern Bäcker. Kaum ausgebildet, verließ der Achtzehnjährige das Vaterhaus, als Winderjähriger wurde er auf Grund der Rotverordnung vor sechs Wochen ausgesteuert, er konnte sich ja vom Vater ernähren lassen. Das Schick in dem jungen Menschen einen Seelenzustand, in dem der Vorschlag seines 23jährigen Freundes F. bei ihm ein geneigtes Ohr fand.

F. lebte im Gegensatz zu S. in geordneten Verhältnissen. Ausgesteuert war auch er; er hatte aber zu Hause sein Essen und Trinken. Die Mutter lebte in ständiger Sorge; der Mann war krank, krank auch der ältere Sohn und die Schwiegermutter. Der junge Mensch nahm sich das sehr zu Herzen, seine Stimmung wurde ganz schlimm, als ihm das Bohrschraube eines Tages eröffnete, der Beamte habe ihm versehentlich 275 Mark Unterstützungsgeld ausgezahlt, die ihm nicht zustanden und die er nun zurückzahlen müsse. Was sollte er nun tun, woher das Geld nehmen? In diese feilliche Verfassung fiel der Lip eines Bekannten, der bei einer Firma in der Ritterstraße angestellt war. Der Bote der Firma holte vom Postamt SW. 68 Tag für Tag stets zur selben Zeit Geld ab. Nun geschah das Unbegreifliche. Die Freunde S. und F., unvorbestrafte Burschen, entschlossen sich kurzerhand, den Kassentoten zu überfallen und zu berauben. Sie beobachteten ihn mehrere Tage hindurch, hatten anfangs nicht den richtigen Mut, zuzufassen, am 27. Juli nahmen sie aber Aufstellung in dem Hausflur des Postamts, schlugen den jungen Burschen zu Boden, F. ergriff die Aktentasche mit 1700 Mark, wollte flüchten und wurde gefaßt.

Das Gericht übte mit beiden Burschen Nachsicht. Es verurteilte F. zu sieben Monaten Gefängnis, S. zu sechs Monaten. Der Haftbefehl wurde jedoch nicht aufgehoben, auch eine Bewährungsfrist nicht zugebilligt. Das Gericht wollte anscheinend abschreckend wirken.

Der betrügerische Generaldirektor.

Essen, 7. August.

Gegen den Generaldirektor der Baugenossenschaft des Deutsch-evangelischen Volksbundes in Rülheim-Dümpten, Wilhelm Joppelt, ist, wie vom Polizeipräsident Oberhausen mitgeteilt wurde, ein Ermittlungsverfahren wegen Betruges eingeleitet worden. Joppelt soll unter betrügerischen Versprechungen Mitglieder für den Bund geworben haben, die dann eine Gebühr von 500 M. leisteten und eine Haftsumme in gleicher Höhe übernehmen mußten. Die eingegangenen Geldmittel will Joppelt angeblich für sein Gehalt und für die Gehälter seiner eingehobenen Verwandten verwandt haben.

„Die sind ja zu hirnverbrannt.“

Ein Leser des „Vorwärts“ mochte kürzlich folgender Szene an einem Badestrand bei.

Am Strande zwei Familien, denen Wohlhabenheit und reaktionäre Bekanntheit vom weitem anzusehen sind. Die Herren unterhalten sich über gute Rassebunde. Pöflich kommt man auf den Volksentscheid zu sprechen. Der eine, anscheinend ein Fabrikant, er ist im eigenen Auto von Berlin gekommen, zweifelt an dem Sieg des Stahlhelms. Der andere, anscheinend Direktor eines größeren Unternehmens, ist ganz zuversichtlich: „Seitdem sich die Kommunisten angegeschlossen haben, ist an unserem Sieg kein Zweifel.“ Eine der Damen

aber lispelt: „Ach fürchte nur, daß die Kommunisten wieder abfallen.“ Darauf der Herr Direktor: „Ganz ausgeschlossen, die fallen nicht ab!“ Und dann sagt er, leise lachend: „Die sind ja zu hirnverbrannt.“

„Die Unternehmer haben ja auch allen Grund, sich über ihre kommunistischen Steigbügelhalter zu freuen“, fügt unser Freund hinzu. Er hat nur zu recht!

Schande der Menschheit.

Die Greueln des elektrischen Stuhls. — Grauenhaftes Sterben eines Delinquenten.

New York, 7. August.

Zu einem grauenhaften Vorfalle kam es anlässlich einer Einrichtung in der Stadt Trenton im Staate New York.

Es handelte sich um die Exekution an einem eingewanderten Italiener, dem Fleischer Kardella, der vor einigen Monaten seine Gattin mit einem Fleischbeil erschlagen hat. Kardella hatte, obwohl er schon nahe an Sechzig ist, mit einem 17jährigen Mädchen Beziehungen angeknüpft. Als seine Frau ihm daraufhin drohte, einen Ehebruchs- und Scheidungsprozeß anzustrengen, zertrümmerte er ihr mit zwei Dugend Beilhieben den Kopf.

Vor wenigen Tagen sollte seine Hinrichtung stattfinden. Kardella wurde auf dem elektrischen Stuhl festgeschmalt und man setzte ihm den Metallhelm auf den Kopf. Dann wurde ein Strom von 1800 Volt eingeschaltet. Plötzlich vernahm die Anwesenden ein Knistern und ein elektrischer Funke sprang von dem Stuhlweil auf den Delinquenten über. Kardellas Hofe geriet in Brand. Im Nu war der Delinquent in Flammen eingehüllt.

Seine rasenden Schmerzensschreie waren im ganzen Gefängnis vernehmbar.

Bis es dem Scharfrichter und dessen Assistenten gelungen war, das Feuer mit Löschapparaten zu ersticken, lag Kardella in schwerer Bewußtlosigkeit da. Als der Arzt feststellte, daß er noch nicht tot sei, schobte der Scharfrichter wieder den Strom ein und jagte noch einmal die 1800 Volt durch den Körper des Unseligen.

Erdlawinen in Südtirol.

Unwetterkatastrophe. — Riesige Ueberschwemmungen.

Innsbruck, 7. August.

In den Grenzältern nördlich von Bruneck ging ein verheerendes Unwetter nieder. Felder und Wiesen wurden überschwemmt. Erdlawinen führten vielfach zu Wasserstauungen. Vom Hochgall und vom Windgall stürzten große Steinlawinen in den Antholzer See. Infolge der vielen hunderttausende Kubikmeter Gestein trat das Wasser über die Ufer. Eine brausende Flut, vermengt mit Steinen und Bäumen, ergoß sich durch das Tal und bedrohte die Siedlungen. Die gefährdeten Häuser waren jedoch bereits geräumt. Elf Häuser wurden stark beschädigt. Die Straßen, die Telefon- und Telegraphenleitungen sind zerstört. Die Bahnansage bei Rematen-Mühlben wurde stellenweise vollständig eingegriffen. Groß sind auch die Verluste an Vieh.

Ferienturse der Arbeiterbildungsschule.

Die diesjährigen Ferienturse der Arbeiterbildungsschule finden im Ferienheim der Naturfreunde Reiberhorst in Klein-Körös statt. Diese Kurse bieten Gelegenheit, sich in bestimmte, für den Kampf der sozialistischen Arbeiter notwendige Wissensgebiete zu vertiefen. Daneben bleibt aber auch noch Zeit zur Erholung. Das Haus, eine gute Verpflegung und die schöne Umgebung tragen hierzu bei. Jeder Kursus (6 Tage) kostet einschließlich Fahrt ab Berlin und zurück, Quartier, Verpflegung und Hörgeld 33,50 M. Erwerbslosen, die sich ausweisen können, wird die Teilnehmergebühr in Höhe von 5 M. erlassen. Da noch Plätze frei sind, werden Anmeldungen erbeten an die Arbeiterbildungsschule, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3, 2. Hof, 2. Treppen, Zimmer 9.

1. Kursus vom 16. bis 22. August. Dr. Hermann Brill-Weimar: „Das Heidelberger Programm“.

Der Ferienkursus soll die Aufgabe haben, den Teilnehmern mit Hilfe des Heidelberger Programms der Sozialdemokratischen Partei von 1933 eine Einführung in die geistige Entwicklung und die Aufgaben des Sozialismus zu geben. Es soll gezeigt werden, wie aus der Arbeit eines Jahrhunderts der Sozialismus sich vom kommunistischen Manifest 1848 über das Götterprogramm 1891 zu den Anschauungen des Heidelberger Programms entwickelt hat. Aufbauend auf dem grundsätzlichen Teil des Götterprogramms soll dann die ökonomische und gesellschaftliche Vorstellungswelt des modernen Sozialismus erarbeitet werden. Dabei wird sich eine Betrachtung des Verhältnisses der sozialistischen Arbeiterbewegung zum Staat, seiner Verfassung, seiner Vermittlung und seinen Nachkommen, Staat und Justiz schließen. Grundzüge und Tagesforderungen der Wirtschaft, Finanz- und Sozialpolitik sollen Richtlinien für die heute alljährlichen Diskussionen in der Arbeiter- und Jugendbewegung geben. Schließlich wird eine Unterlebung der Bildungsaufgaben und der auszuübenden Politik die futuristische Mission des Sozialismus beleuchten. Der Schluß des Kursus soll durch einen Vergleich des Heidelberger Programms mit dem Programm der englischen Arbeiterpartei, der russischen und österreichischen Sozialdemokratie die internationale geistige Situation des Sozialismus prägen.

Im zweiten Kursus vom 23. bis 29. August behandelt Dr. Carl Wierendorf das Thema: „Der deutsche Parlamentarismus, was er ist und wie er arbeitet.“ — Im 3. Kursus vom 30. August bis 5. September spricht Dr. Arkadij Gurland über: „Das Proletariat in der Krise“.

Frankreich und Deutschland.

Wie französische Finanzkreise die Gegensätze sehen — Was Deutschland tun kann.

Die deutsch-französischen Gegensätze sind das Haupthindernis für die Wiederherstellung des gegenseitigen Vertrauens auf dem europäischen Kontinent. Es würde schlimm um Europas Zukunft bestellt sein, wenn es nicht gelänge, diesen Gegensatz zu überbrücken. Man denke aus ideellen oder materiellen Gründen an einer friedlichen Entwicklung der Dinge in Europa gelegen ist, der weitaus größte Teil der Arbeiterklasse in allen Ländern, ein großer Teil auch der bürgerlichen Parteien, große Industrieunternehmen, die internationale Finanzwelt, insbesondere die einflussreichen Großbanken der Vereinigten Staaten und Englands, das Handelskapital sind bemüht, zur Überwindung dieses Gegensatzes beizutragen. In Deutschland und in Frankreich selber ist sicher die Mehrheit der Bevölkerung von dieser politischen Notwendigkeit überzeugt. Bis in die letzte Zeit haben sich deutsch-französische Gemeinschaftstransaktionen, gegenseitige Kapitalbeteiligungen, gemeinsame Gründungen von Unternehmungen fortgesetzt.

Aber man sollte sich keinen Illusionen hingeben, als ob die Dinge, wie sie jetzt laufen, wirklich ohne weiteres zum Ziele führen. Wenn der Reichsminister Dr. Brüning Paris und der französische Ministerpräsident Laval Berlin besucht, so schlagen solche Zusammenkünfte Brücken, aber es wäre ein Trugschluss zu glauben, daß hierdurch allein die Atmosphäre, die seit Jahr und Tag vergiftet worden ist, wieder erträglich gemacht werden kann.

Gerade in Kreisen, die die französische Finanzpolitik und das außenpolitische Verhalten Frankreichs entscheidend bestimmen, ist heute das Mißtrauen gegen Deutschland größer als jemals.

Worin das Mißtrauen besteht, was diese Tonangebende eines großen Teils der öffentlichen Meinung Frankreichs in diesen Tagen denken, geht aus den nachfolgenden Ausführungen Bérangers hervor. Ausführungen dieser Art finden sich in der französischen Presse vielfach, aber Henry Béranger, den wir zitieren, ist nicht irgendein Publizist, er ist nicht nur Redakteur der politischen Beilage der besten französischen Wirtschaftszeitung „Agence Economique et Financière“, sondern ein einflussreiches Mitglied des französischen Senats, war mehrmals Finanzminister, schloß in dieser Eigenschaft vor einigen Jahren das französisch-amerikanische Schuldenabkommen ab (Abkommen Mellon-Béranger), war lange Zeit Direktor an der Pariser Großbank Union Parisienne und gehört noch heute dem Aufsichtsrat dieser politisch sehr aktiven, der französischen Schwerindustrie und den Rüstungskonzernen Schneider-Creusot nahestehenden Bank als prominentes Mitglied an. Die Union Parisienne und Schneider-Creusot sind Haupttriebfkräfte Frankreichs, die heute auf eine Abhängigmachung der osteuropäischen Staaten von Paris hinarbeiten.

Wir werden zeigen, welcher Uebertreibungen sich Béranger schuldig macht. Aber Bérangers Meinung soll man kennen, auch wenn man sie nicht teilt.

Henry Béranger vertritt die Ansicht,

daß die Hauptursachen für die Schärfe der gegenwärtigen deutschen Krise in Deutschland selbst liegen. Er glaubt nicht, daß die durch Hoover ermöglichte einjährige Reparationspause Deutschland helfen werde. Er ist dagegen, daß man Deutschland jetzt mit neuen Anleihen hilft. „Was muß Deutschland tun, um seine Panik zu überwinden? Sehr einfach: es muß aufhören, in Europa Lärm zu machen. Es muß aufhören, den Anschluß vorzubereiten und danach zu streben, Oesterreich einzuverleiben; es muß aufhören, die Wiedereroberung des Danziger Korridors zu betreiben und Polen vernichten zu wollen. Es muß aufhören, danach zu streben, den Bankrott zu organisieren, nur um nicht Reparationen zahlen zu müssen. Es muß aufhören, solange „Bankrott“ zu schreiben, bis man diesen Bankrott geradezu provoziert. Die Hilfe für Deutschland in seiner Not liegt weder in Amerika noch in Frankreich, sie liegt in Deutschland selbst und kann nur dort liegen. Wenn Deutschland sein gegebenes Wort und seine Vertragsunterzeichnung respektiert, wenn es in seine Politik Ordnung und in seine Ausgaben Sparfameit bringt, dann werden Vertrauen und Kredit von selbst wiederkehren, aber vorher kann ihm nicht ernstlich geholfen werden. Alle Goldbarren des Erdballs würden nicht ausreichen, sie würden spurlos in dem Abgrund der herrschenden Widersprüche verschwinden. Behalten wir unsere Kaltblütigkeit inmitten der allgemeinen Unvernunft. Nur diese Kaltblütigkeit hat uns selbst in den kritischen Stunden des Jahres 1926 gerettet. Wir wollen nichts anderes als Vernunft und Sicherheit, aber dies wollen wir in ausreichendem Umfang. Will Deutschland dies auch einerseits und weiß es sich danach zu verhalten, dann werden Kredit und Wirtschaftsausschwung wiederkehren und damit der Friede und das Vertrauen. Wenn nicht, dann nicht.“

Einige Tage vorher drückte sich Béranger über das, was in Deutschland vorgegangen ist, noch krasser aus. Er brandmarkte die Beunruhigung, die von Deutschland seit den letzten Reichstagswahlen ausgeht. Er stellte den Klagen über den Umfang der Wirtschaftskrise die aktive Handelsbilanz gegenüber und nannte die deutschen Arbeitslosenziffern einen statistischen Betrug. Er leitete vor allem die Verschwendungssucht, die in ganz Deutschland herrscht, diejenige der großen Industriekonzerne und ebenso auch die der öffentlichen Hand.

Ueber die offensichtlichen Verirrungen Bérangers

ist kein Wort zu verlieren. Es wird jedem Einwohner Deutschlands und ebenso jedem ausländischen Kenner der deutschen Verhältnisse unverständlich sein, wie es angesichts der Massenarbeitslosigkeit von rund 4 Millionen, angesichts der Stilllegung von Hunderten von Unternehmungen noch ein statistischer Betrug notwendig wäre, um die Lage des Arbeitsmarktes zu veranschaulichen. Ebenso unverständlich sind Bérangers Anschauungen über die angebliche Verschwendungssucht der Kommunen, denn ganz offenbar weiß er nicht, wie weitgehend die Verpflichtungen der deutschen Städte gegenüber der Vorkriegszeit gewachsen sind. Lächerlich ist es auch, die Einrichtungen der deutschen Sozialversicherung, insbesondere die Erwerbslosenversicherung, als eine Verschwendung der öffentlichen Hand zu bezeichnen. Es ist auch vor allem unzulässig, für gewisse politische Ansichten und Tendenzen, für die nur nationalstatische Rechtskreise verantwortlich sind — es gibt Reaktionen genug auch in Frankreich —, das deutsche Volk verantwortlich zu machen.

Woraus man lernen muß.

Dafür sind aber andere Dinge, die Béranger kritisiert, unbestreitbar richtig.

Die deutschen Kapitalisten, sagt er, haben ja gegenwärtig kein Vertrauen zu sich selbst. Tatsächlich war der allgemeine Fun der Kapitalisten auf die Banken, die Verschlebung

deutschen Kapitals ins Ausland schon lange vorhanden, ehe die kleinen Sparer begannen haben, an der Sicherheit ihrer Sparkasseneinlagen zu zweifeln. Unbestreitbar ist die Beunruhigung Europas durch die zahlreichen Ueberheblichkeiten der Rechtsparteien, unbestreitbar ist es auch, daß diese Parteien und die rechtsradikalen Organisationen von Industriellen selbst finanziert worden sind.

Ebenso ist es unbestreitbar, daß in Deutschland in den vergangenen Jahren Milliarden in Anlagen investiert worden sind, die keine Erträge abwerfen und wofür die Aufwendungen eine immer unerträglicher werdende Last darstellen: Milliarden wurden für Rationalisierungsmassnahmen, für Maschinen und Einrichtungen ausgegeben, die eine volle Ausnutzung ihrer Leistungsfähigkeit voraussetzen, wenn sie sich rentieren sollen, d. h. in erster Linie eine Kaufkraft der Massen in einem solchen Umfang, daß die volle Produktion auch ihren Markt findet. Die Kapazität vieler Industriezweige ist in einem Ausmaß gesteigert worden, daß auf absehbare Zeit mit einer rentablen Bewertung der investierten Kapitalien nicht zu rechnen ist. Die großen Stichtisfontänen, Hochöfen, Stahlwerke, Kunstseidefabriken, Werften — um nur einige besonders markante Beispiele herauszugreifen — haben eine so große Leistungsfähigkeit, daß die Produktion teilweise mit künstlichen Mitteln, die die Wirtschaft schwer belasten, durch Syndikatsbindungen, hohe Zölle usw. gestützt werden mußte.

Diese falsche Verwendung lang- und kurzfristiger Kapitalien in Höhe von einigen Milliarden Mark ist es, was Béranger mit einem gewissen Recht als Verschwendungssucht und größenwahnsinnige Industriepolitik bezeichnet. In der Tat ist eine radikale Abkehr von der bisherigen Wirtschaftspolitik ebenso lebensnotwendig für Deutschland wie der Verzicht auf das politische Värmachen, und zwar nicht deswegen, weil Herr Béranger es sagt, sondern weil sich diese Wirtschaftspolitik ganz genau so wie das Geschrei der Rechtsorganisationen auf gefährlichen Illusionen aufbaut, deren Haltlosigkeit erwiesen ist.

Es ist natürlich grundsätzlich, wenn Béranger meint, daß die Reparationszahlungen ohne tiefergehenden Einfluß auf die deutsche Wirtschaftsentwicklung wären. Die jährliche Zahlung von 1,7 und mehr Milliarden Mark auf rund ein halbes Jahrhundert ist auf die Dauer eine untragbare Belastung. Es wäre aber zweifellos zu der gegenwärtigen Zuspitzung der Vertrauenskrise nicht gekommen, wenn die Milliarden, die falsch investiert wurden, stattdessen als laudendes Betriebskapital der deutschen Wirtschaft zur Verfügung kämen. Ein radikaler Bruch mit dieser Wirtschaftspolitik, die auf Kosten des Wohlstandes der Bevölkerung betrieben wurde und die außerhalb der Grenzen viel mehr beunruhigt hat als nötig war, ist aber sehr möglich.

Wenn das Reich den gewaltigen Einfluß, den es auf einen Teil der deutschen Großbanken erlangt hat, zweckmäßig ausnützt,

wenn es eine weitgehende Kontrolle aller Kredite organisiert und die Widersprüche und Unsinnsigkeiten der prinzipialistischen Expansion auf ein vernünftiges Maß reduziert, so wäre damit ein entscheidender Schritt auf dem Wege zur wirklichen Sanierung der deutschen Wirtschaft getan.

Béranger und diejenigen politischen und finanziellen Kreise, die ihm nahestehen, werden auch dann noch weiter kritisieren. Die Union Parisienne und der Konzern Schneider-Creusot werden auch weiterhin in Osteuropa wirtschaftliche Eroberungen machen, und ihre politischen Hintermänner werden fortfahren, politische Bündnisse im Zusammenhang mit diesen wirtschaftlichen Eroberungen zu organisieren. Viele der zwischen Deutschland und Frankreich bestehenden Interessengegensätze werden nicht ohne weiteres zu beseitigen sein. Aber eine Wandlung in der ange deuteten Richtung würde, abgesehen von dem unmittelbaren Nutzen für Deutschland selbst, dazu beitragen, auch die internationale Atmosphäre zu entspannen und Voraussetzungen für Verhandlungen und ernste Verständigungsversuche zu schaffen. Wenn das Reich die expansionstüchtigen Industriekonzerne zwingt, auf ihre Illusionen über Marktmöglichkeiten zu verzichten, so würde es gleichzeitig auch den politischen Abenteurern, die ja mit den wirtschaftlichen großenteils identisch sind, einen entscheidenden Schlag versetzen.

Wirtschaftliches Leichenfeld.

Eine Stilllegungswelle in Lahusens Nordwolle-Konzern. Eine Mahnung für den 9. August.

Die Pleite im Nordwollekonzern hat bereits zur Stilllegung verschiedener Betriebe geführt. Tausende von Arbeitern sind in ihrer Existenz bedroht. Der Todeszug der Lahusens, die durch unverantwortliche Spekulationen die Pleite verschuldeten, wird durch folgende Liste gekennzeichnet:

Außer den Maßnahmen im Kachener Bezirk ist bereits die Kammgarnspinnerei Dresden außer Betrieb gesetzt, während die Kammgarnspinnerei Kappel (Chemnitz) bereits seit längerer Zeit stillgelegt wurde.

Stillgelegt ist auch die Kammgarnspinnerei Jode. Manchmal haben es die Betriebe verstanden, sich der Nordwollekatastrophe zu entziehen. Dazu gehört die Nowa-Strumpffabrik in Chemnitz, die seit Juli nicht mehr der Nordwolle angehört. Sie fährt ihren Betrieb fort.

Dagegen erfolgten bei den Sächsischen Wollgarnfabriken vorm. Tittel u. Krüger in Leipzig starke Belegschaftsentlassungen. Die Spinnerel, die etwa 1000 Arbeiter beschäftigt, arbeitet jetzt nur zwei Tage in der Woche. Einschließlich von 500 Heimarbeitern dürfen die Sächsischen Wollgarnfabriken etwa 3000 Mann beschäftigen. Den Angestellten ist hier die Kündigung schon zugesellt. Man glaubt das Unternehmen halten zu können, indem man es aus dem Nordwollekonzern herauslöst.

Soweit die Kammgarnspinnerei Eisenach in Frage kommt, muß sich die Stadt Eisenach dafür verwenden, eine Stilllegung zu vermeiden. Den Angestellten, etwa 100, ist bereits gekündigt worden. Die Belegschaft von rund 1800 Köpfen arbeitet 16 Stunden in der Woche.

Anderer Tochtergesellschaften der Nordwolle haben ihre Arbeitszeit schon viel stärker reduziert.

So arbeiten die Kammgarnspinnereien Glücksbrunn und Wernshausen nur 8 Stunden in der Woche. Bei der Kammgarnspinnerei Langensalza und

der Kammgarnspinnerei Mülhhausen konnte vorerst die 16-Stunden-Woche gehalten werden.

Für die Wolshaarlammerel und Spinnerei Hainichen verwendet sich die Stadt Hainichen, die Aufträge der Reichs- und Staatsregierung sichergestellt hat.

Bei der Weißflog und der Färberei- und Appreturanstalt Schühe u. Leube, sind bereits Stilllegungsanträge gestellt worden. Hier soll von einer Belegschaft von 1200 Köpfen die Hälfte entlassen werden.

Stilllegungsantrag ist auch erfolgt bei dem Zweigwerk Markersdorf. Hier kommen für die Entlassung etwa 110 Arbeiter und 14 Angestellte in Frage.

Ueber die Fortführung des Werkes Lichtenstein-Callenberg liegt Bestimmtes noch nicht vor.

Die Bauhener Tuchfabrik wird nur beschränkt fortgeführt. Hier bemüht sich die Stadt Bauhen einen Käufer zu finden. Sollte diese Absicht scheitern, dann ist wohl mit der Schließung des Betriebes zu rechnen.

Es ist eine fürchterliche Liste, die die Sünden der Lahusens geistigt haben. Und diese Leute, die den 9. August finanzierten, haben den Mut, über „marxistische Mißwirtschaft“ zu sprechen.

Hilfe für Rheinische Landesbank

200 Mill. Kredit von Reich und Preußen. — Der Status ist aktiv.

Die Verhandlungen über eine Kreditgewährung zur Behebung der Illiquidität der Rheinischen Landesbank sind endlich zum Abschluß gekommen. Leider haben sich die öffentlichen Stellen nicht so schnell zur Hilfe entschlossen, wie es bei der Danat-Bank und der Dresdner Bank der Fall war. Durch diese Verzögerung sind, wie der Landesbankpräsident Dr. Horion betont hat, nicht allein große Schadenersatzansprüche gegen die Landesbank entstanden, sondern der gesamte öffentliche Kredit hat — unnötigerweise — einen großen Schaden erlitten.

Nummehr werden das Reich und der preussische Staat der Landesbank einen Schatzanweisungskredit von 200 Millionen Mark einräumen. Die Einzelheiten des Kreditangebots werden von einem 6-köpfigen Ausschuss festgestellt werden, in dem neben privaten und öffentlich-rechtlichen Banken auch die Vereinigten Stahlwerke vertreten sind.

Der veröffentlichte und von der Revisionsstelle des Deutschen Sparbundes und Giroverbandes geprüfte Status belegt die von uns bereits mitgeteilte Tatsache, daß keinerlei Verluste entstanden sind, daß vielmehr die Forderungen in Höhe von 534 Millionen Mark die Verpflichtungen in Höhe von 488 Millionen Mark nicht unerheblich übersteigen. Von diesen Verpflichtungen sind 350 Millionen Mark bis Ende dieses Jahres fällig, der Rest später. Nur 14 Millionen Mark sind direkte Kredite des Auslandes an die Landesbank. Langfristig von der Landesbank gewährte Kredite sind in Höhe von 71 Millionen Mark nur durch kurzfristig herein-genommene Einlagen gedeckt; von dieser Summe sind aber noch das (langfristige) Betriebskapital und die offenen Reserven von insgesamt 40 Millionen Mark abzuziehen, so daß nur 31 Millionen Mark langfristige Ausleihungen durch kurzfristige Einlagen gedeckt sind.

Die Krise bei der Landesbank ist also eine reine Illiquiditätserscheinung, d. h. für die plötzlich gesteigerten Rückforderungen von Einlagen können nicht die nötigen Mittel flüssig gemacht werden. Die Hauptursache liegt darin, daß die Kommunen nicht in der Lage sind, ihre kurzfristigen Kredite zurückzahlen. Die Gründe dafür sind bekannt: in erster Linie sind sie eine Folge der skandalösen Anleihepolitik Schachts; weiterhin sind die Kommunen in den letzten Jahren in immer größere Bedrängnis geraten, weil das Reich seine Finanzen weitgehend auf Kosten der Kommunen in Ordnung brachte, weil diesen die Hauptlast aus der stets wachsenden Arbeitslosigkeit ausgebürdet wurde, weil ihre Rat bei den letzten Notverordnungen wenig oder gar keine Berücksichtigung fand.

Baden bürgt für Sparkassen-Wechsel.

Mit der völligen Freigabe des Sparkassenverkehrs ist mit einem Ansteigen des Bedarfs an flüssigen Mitteln bei den Sparkassen zu rechnen. Damit die badischen Sparkassen und ihre Girozentrale in der Lage sind, sich die notwendigen Mittel durch Wechselanreicherungen bei der Garantie- und Akzeptbank in Berlin zu verschaffen, hat die badische Regierung durch Notgesetz die Bürgschaft für diese Wechsel übernommen. Die Bürgschaft darf den Gesamtbetrag von 27 Millionen Mark nicht überschreiten. Die badische Regierung glaubt aber, daß weder der Kredit bei der Garantie- und Akzeptbank noch die Bürgschaft in nennenswerten Umfang in Anspruch genommen werden, da man nicht mit starken Abhebungen bei den Sparkassen rechnet.

Generalversammlung der Dresdner Bank. Die Dresdner Bank beruft eine außerordentliche Generalversammlung auf den 29. August nach Dresden ein. Auf der Tagesordnung steht die Erhöhung des Grundkapitals von 100 auf 400 Millionen Mark durch Ausgabe von 300 Millionen Mark Prozentiger Vorzugsaktien, die bekanntlich vom Reich übernommen werden. Außerdem sind Rewahlen zum Aufsichtsrat und eine Änderung der Bezüge des Aufsichtsrats (Einführung fester Vergütungen; Herabsetzung der Tantieme) vorgesehen.

Schubert & Salzer u. G. verzichtet auf Berufung! In der außerordentlich wichtigen Frage des Ankaufs eigener Aktien ist vor einiger Zeit gegen die Schubert & Salzer Maschinenfabrik u. G. Chemnitz, ein Urteil ergangen, das einen Generalversammlungsbeschuß, der die Verwaltung zum Ankauf eigener Aktien ermächtigte, für nichtig erklärte. Entgegen der zunächst geäußerten Absicht hat der Aufsichtsrat des Unternehmens einstimmig beschlossen, gegen das Urteil keine Berufung einzulegen.

Einpruch Hollands gegen deutsche Kalipreise. Unter Hinweis darauf, daß die hohen Kalipreise in keiner Weise der Rettung der Landwirtschaft Rechnung tragen, hat die Zentralorganisation der niederländischen Landwirtschaft in einem Telegramm an das Reichskreditrat in Berlin Protest gegen die Höhe der Kalipreise erhoben und eine sofortige Herabsetzung der Kalinotierung verlangt.

Wieviel Münzen laufen um? Im Monat Juli sind für 0,98 Millionen Mark Fünfmarkstücke und für 0,45 Millionen Mark Dreimarkstücke neu geprägt worden. Der gesamte Umlauf von Münzen zeigt folgende Ziffern: 336 Millionen Mark Fünfmarkstücke, 179 Millionen Mark Dreimarkstücke, 200 Millionen Mark Zweimarkstücke, 257 Millionen Mark Einmarkstücke, 74 Millionen Mark Fünfzigpfennigstücke, 64 Millionen Mark Zwanzigpfennigstücke, 28 Millionen Mark Fünfzigpfennigstücke, 5 Millionen Mark Zwanzigpfennigstücke, 5 Millionen Mark Einpfennigstücke.

Der Klub der wilden Esel

Sonderbare Klubs in USA.

Wir sind noch immer geneigt, als das „Land der Klubs“ England anzusprechen, obwohl dieser Titel längst zu Recht an die Vereinigten Staaten von Amerika übergegangen ist. Man braucht hierbei nicht gleich an den berühmten Tammany-Klub zu denken, der, an Machtgröße nur mit dem Klub der Jakobiner vergleichbar, viele Jahrzehnte lang das öffentliche Leben der Vereinigten Staaten beherrschte und zum Teil auch heute noch beherrscht. Rein, es sind die kleinen Klubs, nicht selten kaum zwei Duzend Mitglieder umfassend und oft nur zu dem Zwecke gegründet, damit ein Herr Babbitt sich als Präsident bezeichnen kann, die die Vereinigten Staaten zum Land der Klubs machen.

Daß der Amerikaner wohl ebenso gerne wie der Deutsche und wahrscheinlich noch leidenschaftlicher als dieser Jagdsimpel, wissen wir ja aus den Romanen Sinclair Lewiss im allgemeinen und aus seiner Satire „Der Mann, der den Präsidenten tötete“ im besonderen; es versteht sich daher, daß in jedem Orte, wo es etwa ein halbes Duzend Eisenwarenhändler gibt, alsbald ein „Klub der Eisenwarenhändler von Kahlschhausen“, und in einem Bezirk, wo es ein Duzend Aktionäre einer Betonröhren-Guß-W.G. gibt, alsbald ein „Klub der Besitzer von Aktien der Betonröhren-Guß-W.G. im Bezirk Krähwinkel“ über Nacht erblühen wird.

Aber das amerikanische Klubwesen hat auch Spitzenleistungen auf dem Gebiete der Ungewöhnlichkeit der Vereinsziele und der Vereinsjahrgänge aufzuweisen. Da sind etwa die sonderbaren Klubs, die irgendwie mit der Luftschiffahrt zu tun haben, welche übrigens nur noch in der Sowjetrepublik ähnlich vollständig wie in den Vereinigten Staaten ist. Der aristokratischste unter ihnen ist wohl der „Klub der frohen Vögel“, der, wenn er seine Sitzungen nicht ändert, früher oder später eines natürlichen Todes sterben muß; denn nur Männer finden dort Aufnahme, die — wohlgemerkt — vor dem Dezember 1916 (also lange vor dem Eintritt der Vereinigten Staaten in den Weltkrieg) hervorragende aviatische Leistungen vollbracht haben. Ein längeres Leben dürfte jenem Klub beschieden sein, der sich „Raupenklub“ nennt und 800 Mitglieder umfaßt, deren jedes bereits zumindest einmal mit einem Fallschirm von einem Flugzeug abgeprungen ist. Das Klubabzeichen, eine goldene Raupe, gilt als hohe Auszeichnung.

Der Verein „Verkühle dich täglich“ in Wien bietet für Amerika durchaus nichts Ungewöhnliches dar. Denn der Klub der Eisbären zählt in fast allen Bundesstaaten Amerikas Anhänger, die sich verpflichtet haben, zu jeder Jahreszeit in Seen und Flüssen zu baden. Der Volkensklub in New York hat nicht etwa, wie man an-

nehmen sollte, irgend etwas mit der Zootaxie zu tun; er leitet seine Bezeichnung vielmehr von der profanen Tatsache ab, daß seine Mitglieder in einem der obersten Stockwerke des Chrysler-Bauwerks ihren Lunch einnehmen.

Essen ist übrigens häufig der alleinige Vereinszweck. Wenn man von Rekordern im Verzehren von Eierkuchen oder von Hühnerpasteten in der Zeitung lesen, dann handelt es sich gewöhnlich um einen von irgendeinem Klub veranstalteten Wettbewerb, deren einer kürzlich dadurch siegreich beendet wurde, daß es dem Champion gelang, drei ausgewachsene Wassermelonen in sechs Minuten zu verzehren. Auch durch solche Leistungen kann man in Amerika berühmt werden.

Einen der seltsamsten und zu allerletzt Rühroverdrüssigen Anlauf bietenden Namen führt wohl der im Jahre 1930 in Minnesota gegründete „Klub der wilden Esel“. Er hat bereits zweihundert Mitglieder, die nach den Klubstatuten verpflichtet sind, „mit wildem Ja-Geschrei für eine bessere Behandlung der Farmer (durch die Regierung) einzutreten“.

Wenn ein paar Leute gerne Walter Scott oder Rudyard Kipling lesen, was wird die Folge sein? Die Gründung eines Walter-Scott- oder Rudyard-Kipling-Klubs. Walter Scott kann sich nicht mehr zur Wehr setzen. Aber von Rudyard Kipling ist bekannt, daß er kein einziges der zahlreichen Begrüßungs- und Beglückwünschungsgramme des englischen und des amerikanischen Rudyard-Kipling-Klubs je einer Antwort gewürdigt hat.

Der Kingsley-Klub ist ein Klub von Stotterern, der Klub für Taube zählt nicht Taube zu seinen Mitgliedern, sondern Leute, die sich für Maßnahmen zugunsten von Taubgeborenen und Ertaubten interessieren.

Es gibt kaum eine Stunde des Tages, nach der sich nicht ein Klub benennen würde. Typisch amerikanisch dünkt uns wohl der Sieben-Uhr-Klub, der sich aus Leuten zusammensetzt, die in Philadelphia wohnen, in New York aber berufstätig sind und täglich fünf Stunden im Eisenbahnzug verbringen. Sicherlich fahren sie alltäglich gemeinsam, geistlich wie ein Madonnenpensionat, mit dem Sieben-Uhr-Zug nach Hause.

Schon weniger amerikanisch dünkt uns der Klub für primitive Kolonien. Sein Gründungszweck ist die Errichtung einer Kolonie in Zentralafrika, wo noch den Klubmitgliedern „Radio, Jagdband, Autohupen und jeder andere Lärm“ verboten sein sollen. Daß es dort keine Prohibition geben wird, nun, das braucht nicht erst ausdrücklich in den Satzungen erwähnt zu werden. Leo Kortan.

verantwortet ist. Allerdings besteht die Tatsache, daß normalerweise die Intelligenz des Menschen durch die Menge der grauen Gehirns-substanz bestimmt wird; vor allem maßgebend ist jedoch die mehr oder weniger komplizierte Struktur der grauen Gehirns-substanz. Denn es gibt Menschen mit verhältnismäßig kleinen Gehirnen, deren geistige Fähigkeiten trotzdem weit über denen vieler Normalmenschen stehen, was besonders bei zartgebauten, schmalköpfigen Personen nicht selten zu beobachten ist. Andererseits zeigt sich auch das Gegenteil, indem Menschen mit großen Gehirnen alles eher als sehr intelligent sind, weil eben in solchen Fällen die allerdings reichlich vorhandene Gehirnmasse gleichwohl zu wenig Bindungen aufweist.

Daher ist auch das kleinere Gehirn der Frau keineswegs der Beweis eines Mangels an geistigen Fähigkeiten, da auch bei der Frau die Struktur des Gehirns und nicht allein seine Größe den Grad der Intelligenz bestimmt. Auch die verbreitete Annahme, daß beim geistig arbeitenden Menschen nur der vordere Teil des Gehirns in Tätigkeit sei, ist nicht richtig, weil bei jeder geistigen Arbeit das aus zehn Milliarden Einzelzellen zusammengesetzte Gehirn als ein Ganzes funktioniert. Wie jede Maschine, so braucht auch das Gehirn des Menschen eine gewisse Zufuhr von Energie, die dem Menschen am besten durch entsprechende Nahrungsmittel zugeführt werden könnte. Bis jetzt ist es allerdings noch nicht gelungen, eine besondere „Gehirnnahrung“ zu entdecken; vielleicht wird es aber zukünftigen Nahrungsmittelchemikern glücken, einen Nährstoff ausfindig zu machen, mit dem der Mensch sein Gehirn „füttern“ kann.

Resolution des Zaren

Von Nathan Gurdas

Wenn es dem Väterchen Zaren an den Krügen ging, dann ließ er Resolutionen schreiben, die mit „Gospodij pomiluj“ — Gott erbarmen — anfangen und mit „Gospodij pomilaj“ endeten, in der Mitte aber neue Maßnahmen gegen das zur Freiheit strebende Volk drohten und die „Rechtgläubigen“ durch eine kleine Aufforderung zu einem Judenpogrom abulanten suchten!

Im Jahre 1906 mußte es dem Zaren ziemlich schlecht gehen, denn S. M. erschloß sich, zur Beruhigung des Volkes dem Lande eine „Verfassung“ zu geben!

Wenn der Zar eine Resolution erließ, so war das mit einem großen Tamtam verbunden. Acht Tage vorher vergaßen alle Geheimräte des Hofes, daß man in Rußland ein recht gutes Getränk, genannt Wodka, braue und zerbrachen sich die gräßlichen Köpfe, um recht schöne Worte für die Resolution des „Gesalbten“ zu finden. Nikolai der II. liebte Geheimnisse. Wehe dem, der in der Presse eine Andeutung über eine Resolution machte, bevor sie im „Staatsanzeiger“ erschienen war! Schon das Sprechen über eine kommende Resolution war staatsgefährlich. Seine Majestät liebte es eben, zu überraschen! Und erst wenn im amtlichsten Organ die Worte standen:

„Wir usw. usw. (40 Druckzeilen usw.) ...“ Dann erst konnte die andere „gemeine“ Presse in die Botschaften stoßen! Wenn eine solche Staatsaktion schon mit jeder Resolution gemacht wurde, kann man sich denken, was geschah als die „Verfassung“ vorbereitet wurde. Die Redakteure des Staatsanzeigers saßen vier Wochen vorher nicht geschlossen haben. ... Das ganze Land schlug täglich feiernd die Zeitung auf. Ob es schon drin war? Die Auflage der Zeitung S. M. stieg sprunghaft ... bis — bis eine kleine jüdische sozialistische Zeitung in Wilna der ganzen Presse und Seiner Majestät selbst einen Strich durch die Rechnung machte! —

Die Sache hat sich recht komisch abgespielt. Ein guter Tropfen führt zusammen. Ein hohes Tier, ein Ministerialdirektor, aus der Staatskanzlei liehte eben diesen guten Tropfen und schüttete ihn in ergeblichen Mengen allabendlich in einem Restaurant in sich hinein. So gegen 12 Uhr nach dem zten Glas wurde Seine Exzellenz gemüht und war sogar auf die Juden gut zu sprechen. Dem Nebenstehenden rief er dann einen jüdischen Journalisten herbei, um ihm neue Bißes (jeden Abend dieselben) zu erzählen. Der guten Informationen wegen hörte der Journalist gebuldig die hup ... Gespräche ... hup ... Seiner hup ... Erzählung an.

An einem kalten, eck Petersburger Abend griff der Herr Ministerialdirektor besonders freudig zur Flasche, sah bald den doppelköpfigen Adler auf der Etikette zu einem viertköpfigen Untier werden und die liberalen Gefühle regten sich ... Er rief den jüdischen Journalisten herbei und nach dem zwanzigsten Glas und Biß begann er mit schwerer Zunge:

„Du ... hup ... weißt nicht, was ich in der Tasche habe ... hibi ... hup die Verfassung ... Sowohl hup ... die Verfassung, die erst in einer Woche hup ... erscheinen soll!“

Mit diesen Worten nahm der Ministerialdirektor ein Schriftstück aus der Tasche und hielt es dem Journalisten vor die Nase. Dem Journalisten schwindelte, er las wirklich ... „Abschrift der Verfassung ... Wir Nikolai usw. usw.“

Seine Journalistenhand griff zum Bleistift. Aber er kämpfte mit sich. Sollte er diesen betrunkenen Trottel ausnutzen? — Ja, denn es galt, den ganzen Zirkismus lächerlich zu machen!

Und schon flog die Hand über den Bloß. Ohne daß der Betrunkenen etwas merkte, schrieb der Journalist die übrigens nicht besonders lange Verfassung ab!

Noch in derselben Nacht fuhr der Journalist selbst nach Wilna. Und einen Tag später stand die Zarenverfassung zum erstenmal gedruckt, gleich mit der vernichtenden Kritik, in der kleinen Wilnaer jüdischen Arbeiterzeitung. Das liberale Rußland brüllte vor Lachen! Nun gab es kein Halten mehr: die gesamte Presse druckte die Verfassung aus dem Wilnaer Blatt ab. Natürlich schritt sofort die Polizei ein und beschlagnahmte die Zeitung, aber es waren genug Exemplare in die Öffentlichkeit gelangt, und eine demokratische Zeitung schrieb mit Bosheit: „Der jüdische „Staatsanzeiger“ in Wilna bringt ...“

Am Hof bekamen drei Geheimräte die Selbstucht und vier Staatssekretäre Schlaganfall. Die Monarchisten fühlten einen ersten Schlag ... Das Heiligtum war lächerlich gemacht. Der Journalist, der mir dieses eigene Erlebnis erzählte, fand das Zuchthaus in Wilna gar nicht so schlimm. Den Ministerialdirektor hup ... hat er nicht verraten. Er konnte drei Jahre ungestört in der Zelle an der Geschichte des russischen Sozialismus arbeiten.

Was Shakespeare verdiente

Ein Professor aus Illinois hat viele Arbeitsjahre darauf verwandt, Shakespeares Einnahmen genau festzustellen. Er ist dabei zu dem Ergebnis gekommen, daß der Dichter in seinen besten Schaffensjahren als Dramatiker, Dichter, Schauspieler und Theaterunternehmer im Durchschnitt ein Jahreseinkommen von 5000 Mark hatte. Diese auf den ersten Blick gering erscheinende Summe ist gleichwohl nicht so klein, wenn man die inzwischen erfolgte Veränderung des Geldwertes berücksichtigt. Danach würden Shakespeares Einnahmen heute einen Wert von etwa 40 000 Mark darstellen. Moderne Schriftsteller englischer Zunge brauchen aber ihren großen Vorgänger nicht zu beneiden. Unter ihnen ist mindestens einer, der den fünffachen Betrag von Shakespeares Einnahme als Einkommensteuer zu zahlen hat.

John K. Hearnham: Sommervarieté

Pflichtgemäß wagte das Meer. Pflichtgemäß brannte die Sonne auf schmerzende Raden hernieder. Und pflichtgemäß trug der Banjospieler auf der Terrasse des Strandcafés seine Serenade mit einer Stimme vor, die an eine durch einen Tunnel leuchtende Lokomotive gemahnte.

Als er zu meinem Tisch kam, gab ich ihm 10 Pfennig. Mein Nachbar warf ihm einen finsternen Blick und 20 Pfennig zu. Dann blühte er mich an, leuchtete und sagte: „Welch ein Leben! Ein wahres Hundebalein!“

„Worum denn?“, widersprach ich. „Er scheint ganz zufrieden zu sein. Aus Pfennigen werden Mark.“

Mein Nachbar zuckte die Achseln. „Das scheint nur so“, sagte er. „Glauben Sie mir, heute läßt sich nur noch im Tonfilm verdienen ... Ein wahres Hundebalein ... Ich kenne die Verhältnisse.“

„Sind Sie vom Fach?“, fragte ich. „Er nicht. „Einigermaßen. Ich nehme an, daß Sie im Vorjahre nicht hier waren?“

„Doch“, sagte ich, „ich habe meinen Urlaub auch im Vorjahr hier verbracht.“

„Dann werden Sie sich vielleicht an das Varieté „Hallo! Hallo!“ erinnern, das vorigen Sommer hier im Strandhotel gastierte?“

„Ja ich erinnere mich. Aber ich habe nie eine Vorstellung besucht.“

„Das ist es ja eben“, sagte mein Nachbar biter, „niemand hat keine Vorstellungen besucht. Eine Woche nach dem hiesigen Gastspiel hat sich die Truppe aufgelöst. Wollen Sie die tragische Geschichte unserer letzten Woche hören?“

Ich lehnte mich in meinen Stuhl zurück, zündete mir eine Zigarette an, schloß die Augen und, sagte schlaflos ergeben: „Schließen Sie los!“

„Wir gastierten in Bad Kahlschhausen“, so erzählte das frühere Mitglied der Theatergruppe „Hallo! Hallo!“. „Am Samstag. Am Dienstag hatten wir 50 Zuschauer, doppelt soviel wie am vorangegangenen Abend. Aber nach immer nicht gerade ermutigend. Am Mittwoch verkauften wir ebenfalls 50 Karten. Am Donnerstag waren es nur mehr 40. „Wieviele werden es morgen sein?“, fragte Bobby, unser Bariton, die langbeinige Soubrette Sjolva. „Ein Duzend“, antwortete Sjolva hoffnungslos.“

Denn morgen war Freitag, der gefährlichste Freitag. Wir fürchteten ihn nicht, weil wir abergläubisch waren, sondern weil der Freitag-erfahrungsgemäß der schlechteste Tag für Theater und Varieté ist.

„Zeitverwendung, wenn wir überhaupt spielen“, meinte Bobby. „Der Tonfilm hat das Theater erschlagen. Drüben vor dem Kino Royal stehen die Leute Schlange. Seht nur mal hin!“

Dre Freitagabend kam heran. Es waren nur noch 10 Minuten bis zum Beginn. Kostümiert und geschminkt standen wir bereit. Aber der Zuschauerraum war leer.

Fünf Minuten. Noch immer leer.

Eine Minute.

Ein altes Ehepaar löste an der Kasse Karten für die billigste Sitzkategorie und trat ein. Wir blickten uns an. Einige waren verblüfft, einige sahl vor Wut. Die beiden, allein im Zuschauerraum, bildeten einen gespenstischen Anblick. „Wir können doch nicht für zwei Personen spielen“, sagte einer.

Bobby biß die Zähne zusammen. „Doch, wir können!“, rief er. „Die beiden sollen zufrieden sein! Kommt nur! Wir wollen uns heute besonders zusammennehmen! Unsere zwei Zuschauer sollen eine Festvorstellung haben!“

Man zauderte, lachte verlegen. Dann stimmte man Bobby zu. Sjolva war es, die das Ehepaar einlud, sich in die erste Reihe zu bemühen. „Die beiden sollen vergessen, daß sie allein im Saal sind“, sagte Bobby.

Wir boten dem alten Herrn Zigarren an und beschenkten die alte Dame mit einer Schachtel teurer Bonbons.

„Und nun los!“, rief Sjolva. „Die beste Vorstellung unseres Lebens. Vorhang auf!“

Und wir leisteten, was wir konnten. Die Gleichgültigkeit, die sich eines jeden von uns während der letzten Monate bemächtigt hatte, als wir vor fast leeren Häusern spielten, wich von uns. Es wurde eine Solovorstellung.

Bobby sang, wie er seit Jahren nicht gesungen hatte. Er vergaß den leeren Saal. Er sang für eine vielhundertköpfige, andächtig laufende Zuhörerenschaft.

Der Komiker war witziger und lustiger denn je. Sjolva übertrof sich selbst. Sie war die verkörperte Armut. Bequem saß das alte Ehepaar in der ersten Reihe da. Wir kannten seine Gesichter nicht ausnehmen. Aber er schien sich sehr behaglich zu fühlen.

Der Sologänger schien in den Bahnen Kreislers zu wandeln. Der Klavierpieler schien sich in einen zweiten Paderewski verwandelt zu haben.

Und ich versuchte Wolff nachzuahmen.

Wir fühlten alle, daß wir unser Bestes gaben. Und das machte uns trotz des leeren Saales glücklich. Es waren wirklich Höchstleistungen. Ich bin dessen sicher.

Und das Publikum lautete, ohne sich zu rühren und ohne einen Laut von sich zu geben, offenbar ganz im Banne unserer Kunst.

Der Vorhang fiel. Wir waren auf der Bühne stehen geblieben und sahen uns, von unserer eigenen Begeisterung hingerissen, mit strahlenden Augen an.

„Hervorragend“, sagte schließlich Bill. „Nie zuvor haben wir Besseres geleistet. Wirklich hervorragend!“

„Gehen wir alle in den Zuschauerraum“, schlug Sjolva vor. „Wir wollen unser Publikum fragen, wie es ihm gefallen hat.“

Wir nickten und gingen in den Zuschauerraum. Das Ehepaar saß noch immer da.

„An diesem Abend“, so fuhr mein Nachbar fort, „beschlossen wir einstimmig, die Theatertruppe „Hallo! Hallo!“ aufzulösen.“

„Ich glaube das Ende Ihrer Geschichte erraten zu können“, sagte ich und stand auf. „Wahrscheinlich entpuppte sich das alte Ehepaar als ein mächtiger Filmagent mit Gattin und die beiden haben euch alle auf der Stelle nach Hollywood engagiert, nicht wahr?“

Der alte Schauspieler schüttelte den Kopf.

„Nein“, sagte er traurig. „Zumindest war es nicht feststellbar. Die beiden schliefen so fest, daß wir sie nicht aufwecken konnten.“

Stirnbildung und Intelligenz

Hochstirnige Kopfbildung wird gewöhnlich als gleichbedeutend mit einer besonders guten geistigen Veranlagung betrachtet. Wenn dies nun zuträfe, so wären die Eskimos und viele Indianer, bei denen oft sogar sehr hohe Stirnen vorkommen, geistig besser veranlagt als der Weiße, was aber in Wirklichkeit durchaus nicht der Fall ist. Ebensoviele brauchen Völker mit niederen Stirnen deshalb besonders unintelligent oder roh zu sein. Die Annahme, daß die Intelligenz eines Menschen von seiner Stirnhöhe wie auch von der Größe des Gehirns abhängt, beruht daher, wie die jüngsten, auf Grund dreißigjähriger Studien veröffentlichten Forschungen von Dr. Hrdlicka in Washington gezeigt haben, in vielen Fällen auf einem Irrtum.

Es können nämlich auch Menschen mit niedriger Stirn geistig sehr gut veranlagt sein, weil bei ihnen die obere Gehirnhälfte nicht, wie es den Menschen hat, zusammengedrückt wird, sondern der untere Teil des Gehirns sich nur etwas mehr nach vorne verschiebt. Aber auch die Größe des Gehirns ist nicht immer ein sicheres Zeichen, daß ein Mensch hervorragend klug und geistig schwach



Bäder u. Kurorte



Wenn jemand eine Reise macht...

So muß er die bahnamtlichen Bestimmungen kennen.

Jahreskarten können am Reisetage bei den Fahrkartenausgaben und vorher bei den Reisebüros gelöst werden. Werden Fahrkarten im Vorverkauf ausgegeben, so erhalten sie den Stempel des Reiseantrittstages. Die Fahrkarten haben eine Gültigkeit von vier Tagen. Während der Gültigkeit kann die Fahrt einmal unterbrochen werden. Der Fahrpreis pro Kilometer beträgt im Personenzuge in der 2. Klasse 5,8 Pf. und 3. Klasse 4 Pf. Bei Benutzung von Sitzplätzen sind in der 3. Klasse folgende Zuschläge zu zahlen: In einer Entfernung von 1 bis 35 Kilometer 25 Pf., für 36—75 Kilometer 50 Pf., für 76—150 Kilometer 1 M., für 151—225 Kilometer 1,50 M., für 226—300 Kilometer 2 M., über 300 Kilometer 2,50 M. In der 2. Klasse wird das Doppelte dieser Zuschläge erhoben. Für Schnell- bzw. D-Züge werden in der 3. Klasse folgende Zuschläge erhoben: 1 M. für 1—75 Kilometer, 2 M. für 76—150 Kilometer, 3 M. für 151—225 Kilometer, 4 M. für 226—300 Kilometer und 5 M. für über 300 Kilometer, also überall das Doppelte der Sitzgutschläge. In der 2. Klasse wird das Doppelte der 3. Klasse Zuschläge erhoben. Die 1. Klasse genießt die besondere Vergünstigung, daß sie in D-Zügen nicht mehr Zuschläge zu zahlen hat als die 2. Klasse. Platzkarten für Schnellzüge, die vom Abgangsbahnhof, z. B. Berlin, benutzt werden, können schon 3 Tage vor Abgang des Zuges bei gleichzeitiger Lösung der Fahrkarten bei den Reisebüros besorgt werden. Die Gebühr beträgt für die 1. und 2. Klasse 1 M., für die 3. Klasse 50 Pf.

Gepäck.

Handgepäck, d. h. leicht tragbare Gegenstände, kann in die Personenwagen mitgenommen werden. Dem Reisenden steht der Raum über und unter seinem Sitzplatz für sein Gepäck zu. Rollboote auf Bootswagen dürfen in die Personenwagen, auch in Wagen für Reisende mit Traglasten, nicht mitgenommen werden. Als Reisegepäck rechnen Gegenstände, die in Reisetoffen, Reiseförden, Reisetaschen, Rucksäcken, handlichen Kisten und dergleichen verpackt sind. Auch Krankentrage- und Fahrstühle, Kinderwagen, Wasserfahrzeuge bis zu 3 Meter Länge usw. können als Reisegepäck aufgegeben werden, ferner Fahrräder, auch mit Hilfsmotor, einstufige Kraftweiräder, auch mit Hilfsmotor. Jeder Reisende kann nur zwei Stück dieser Gegenstände mit einer Fahrkarte, Kraftweiräder nur ein Stück aufgeben. Die **Gepäckfracht** beträgt beispielsweise für 20 Kilogramm in einer Entfernung von

91—110 Kilometer 1,20 M., für 201—250 Kilometer 2,30 M., für 301—350 Kilometer 2,80 M. Nähere Auskunft erteilen die Gepäckabfertigungen. Das Reisegepäck kann bei den Gepäckhaltern der Bahnhöfe gegen Verlust, Minderung und Beschädigung versichert werden.

Fahrpreisermäßigungen.

Folgende Fahrpreisermäßigungen können in Anspruch genommen werden: Die um 33% ermäßigten Sonntagsrückfahrkarten. (Die Zuschläge auf den Bahnhöfen geben über Zielorte, Wandermöglichkeiten, Preise usw. Auskunft.) Die 50 Proz. betragende Fahrpreisermäßigung für Jugendpflege, die 25 Proz. betragende Fahrpreisermäßigung für Gesellschaftsfahrten und die leider nur mit 20 Proz. Ermäßigung ausgestatteten Feriensonderzüge. Ferner genießen Fahrpreisermäßigungen mittellose Kranke, Blinde, Kriegsbefähigte und Kriegsteilnehmer und Reiseführer. Die weitestgehende Fahrpreisermäßigung genießen die Reichsmehrangehörigen, die mit 1 1/2 Pf. pro Kilometer beinahe umsonst fahren.

Voraussetzung zur Inanspruchnahme der 50-Proz.-Bergünstigung ist, daß der Verein als Organisation für Jugendpflege durch den Oberpräsidenten in Berlin, Charlottenburg, Kaiserdamm 1, sonst durch den zuständigen Regierungspräsidenten anerkannt ist. An den Fahrten müssen mindestens neun Jugendliche, d. h. Personen unter 20 Jahren, unter Leitung von sachverständigen Führern teilnehmen. Die Führer müssen im Besitz eines von dem zuständigen Jugendamt beglaubigten Führerausweises mit Lichtbild sein. Zu den Festen müssen die Fahrten acht Tage vorher bei den Abgangsbahnhöfen unter Vorlegung des ausgefüllten Antragsvordrucks angemeldet werden. Die 25 Proz. betragende Fahrpreisermäßigung für Gesellschaftsfahrten tritt ein bei gemeinsamen Reisen von mindestens 15 Personen. Bei einer Teilnahme von 51 Personen erhöht sich die Ermäßigung auf 33% Proz. Die Reichsbahn gewährt außerdem bei 30 bis 50 Personen eine Freifahrt. Die Ein- und Schnellzugzuschläge werden bei diesen Fahrten ebenfalls um 25 bis 33% ermäßigt. Der Antrag auf Gewährung dieser Fahrpreisermäßigung ist rechtzeitig beim Abgangsbahnhof unter Angabe der Teilnehmerzahl, Wagenklasse, des Zuges, des Reisetages usw. ohne Verwendung eines Vordrucks zu stellen.

hardswald herrlich ausgereifte Eichen, und hinter urwaldgleichen Bezirken erscheint die Phantasmagorie des ehemaligen Jagdschlösses Sababurg, in dem das Märchen vom Dornröschen seine Heimat hat. Der Teutoburger Wald, an dessen Hängen einst die edlen Sennerröffe brausten, hat die Grotenburg mit dem Hermannsdenkmal und der einzigartigen frühgermanischen Kultstätte der Eggensteine. Auf dem Süntel gibt's die Hohensteinfelsen mit wildwachsenden Eiben, und auf dem Dachtelsteide, wo einst Karls Frankenherr von den Sachsen vernichtet wurde, von wo der Blutbad durchs Totental fließt, wachsen noch einige Süntelbuchen, eine fast ausgestorbene Art schlingelnder, sich drehender, steinerne Waldgenossen. Es gibt diese Bäume nur hier, sonst nirgends auf der Welt, und sie wirken im modernen Forst wie Saurier der Vorzeit.

Bad Landeck. Die Rotverordnung hat dem Bade einen Zuwachs von Kurgästen gebracht, die sonst gewohnt waren, Bäder des Auslands aufzusuchen. Daß auch der Erfolg der Kur ein eben so guter sein wird, dafür bürgen die seit Jahrhunderten gemachten guten Erfahrungen bei Gicht, Rheuma, Frauen- und Nervenleiden und Alterserscheinungen. Erfreulich ist es, daß gerade in diesem Jahre sehr viel Ärzte, darunter solche von anerkanntem wissenschaftlichen Ruf, den Kurort aufgesucht haben. Zur Zeit werden Veruche einer Universitäts-Klinik mit der stark radioaktiven Georgenquelle bei Rierenkrankheiten und hohem Blutdruck durchgeführt.

Mozart-Gedächtnis in Bad Ems. Die diesjährige Septembermusikwoche wird von der staatlichen Kurverwaltung als „Mozart-Gedächtnis“ (anlässlich des 175. Todestages des Komponisten) geplant. Es werden drei Konzerte (Orchester, Gesang, Violine, Klavier, Kammermusik) veranstaltet, deren Programme dem großen Publikum wie dem Mozart-Kenner etwas Besonderes bieten sollen. Als Solisten sind Prof. H a v e m a n n, Berlin (Violine), Frau von C o n t a, Erfurt (Sopran) und Alfred H o e h n, Frankfurt a. M. (Klavier) gemeldet. Die Leitung liegt in den bewährten Händen von Kurt Barth.

Hahnenklee-Bootswoche. Trotz der ungünstigen Witterung in den letzten Tagen hat sich der Kurbetrieb in Hahnenklee-Bootswoche zufriedenstellend entwickelt. Am nächsten Sonntag wird im Familienbad am Kuttelsbacher See der Schwimmklub „Fellows“, Magdeburg, ein volkstümliches Werkschwimmen veranstalten mit Staffelschwimmen, Hindernis- und Kleiderschwimmen, Wasserballspiel und Kunstsprünge. Am 8. und 9. August werden in Hahnenklee die Tischtennis-Harzmehrschichten unter Teilnahme der deutschen Extraklasse ausgetragen werden.

Rübeland. Am 14. Juli konnte die weltberühmte Hermannshöhle in Rübeland (Harz) ihren diesjährigen 50 000. Besucher begrüßen. Obwohl der Verkehr im Harz infolge der schlechten wirtschaftlichen Lage nicht so lebhaft ist als in den Vorjahren, haben die Rübeländer Höhlen als Hauptsehenswürdigkeiten des Harzes auch in diesem Jahre sehr starken Zugang zu verzeichnen. Die Leitung der Hermannshöhle hat weitere ausgedehnte Höhlenräume erschließen und vermaßen lassen und wird voraussichtlich für das nächste Jahr auch diese Teile dem Publikum zugänglich machen können.

Hochsommerzeit im Harz. Die stattliche Reihe Harzer Höhenkurorte und Heilbäder, teils mit subalpinem, teils mit mildem Klima sind alle von den grünen Harzwäldern und Harzweiden umgeben. In seiner Vielseitigkeit schenkt der Harz allen etwas. Seien es die weiten Brockenwälder, seien es die Sommerfrischen im romantischen Bodetal, im lieblichen Seltetal, am waldbesetzten Ostharzrand, im milden Südharz, am Koffhäuser, im Oberharz mit seinen zahlreichen Teichen, seien es die historischen Stätten mit ihren herrlichen Baudenkmalern, ihren Kunstschätzen und kulturellen Wertwürdigkeiten, seien es die zahlreichen Tropfsteinhöhlen, nirgends wird der Harz enttäuschen. Die zentrale Lage des Gebirges verbilligt die Ferienreise und gibt allen Erholungsbedürftigen die Möglichkeit, ihren Urlaub im Harz zu verbringen.

Bad Grund (Oberharz), Gebirgsluftkurort, Heilbad usw., eignet sich ganz besonders für Raucher. Der Kurort liegt im schönsten Teile des westlichen Oberharzes und hat ein mildes, sonniges Klima. Gute Hotels und zahlreiche Familienpensionen sorgen für ein gutes und preiswertes Unterkommen der Gäste. Wer nach seinem Badeaufenthalt eine Nachtur nötig hat, wird gut tun, sich in den Reisebüros oder von der Kurverwaltung Bad Grund die Druckschriften für eine Nachtur einzuholen. Eine vierzehntägige Nachtur kostet einschließlich Wohnung, Verpflegung, ärztliche Überwachung, Benutzung des städtischen Sonnen- und Schwimmbades usw. 90 M.

Wildemann (Oberharz). Die Zahl der Kurgäste hat sich in den letzten Jahren ständig erhöht. Wildemann rühmt sich seiner weitest ausgedehnten ozonreichen Nebelwälder und seiner alpinen Wiesenhänge. Das Spiegeltal gehört zu den köstlichsten Idyllen des Oberharzes. Ein großer Anziehungspunkt ist das in herrlicher Waldlage befindliche Schwimmbad und Sonnenbad mit schönem Liegestrand. Wer von einem der vielen Aussichtspunkte auf das idyllische Städtchen herniederblickt, genießt ein wunderbares Verwachsensein von Wald, Wiese und Menschenflur.

Versäumen Sie nicht die weltberühmten Naturwunder des Harzes
die Rübeländer Tropfsteinhöhlen
Hermannshöhle u. Baumannshöhle
in Rübeland, Harz
zu besichtigen
Gute Unterkunft in Hotels u. Privat jederzeit möglich.

Münchhausens Heimat.

Weserbergland. — Alte Sitten und Bräuche sind hier noch lebendig — Reiterzüge bei landlichen Festen, die lodernen Osterfeuer auf den Höhen, die Füllerräder von Lügde bei Pyramont, die bunten Bückeburger Trachten, die Volkslieder, die man abends in den Dörfern hört. Von fern her klingt aus dem alten Hameln die Flöte des Rattenjägers.

In hannoverschen Münden, wo Berra und Fulda zusammenfließen und von hier an Weser hießen, in dieser Stadt, von der Alexander von Humboldt gesagt hat, sie sei „eine der sieben schönsten Gegenden der Welt“, lebte und wirkte der „Weiland hochbedeutsamer Bückeburger Trachten, die Volkslieder, die man abends in den Dörfern hört. Von fern her klingt aus dem alten Hameln die Flöte des Rattenjägers.“

In hannoverschen Münden, wo Berra und Fulda zusammenfließen und von hier an Weser hießen, in dieser Stadt, von der Alexander von Humboldt gesagt hat, sie sei „eine der sieben schönsten Gegenden der Welt“, lebte und wirkte der „Weiland hochbedeutsamer Bückeburger Trachten, die Volkslieder, die man abends in den Dörfern hört. Von fern her klingt aus dem alten Hameln die Flöte des Rattenjägers.“

In hannoverschen Münden, wo Berra und Fulda zusammenfließen und von hier an Weser hießen, in dieser Stadt, von der Alexander von Humboldt gesagt hat, sie sei „eine der sieben schönsten Gegenden der Welt“, lebte und wirkte der „Weiland hochbedeutsamer Bückeburger Trachten, die Volkslieder, die man abends in den Dörfern hört. Von fern her klingt aus dem alten Hameln die Flöte des Rattenjägers.“

Und dann grüßen die grauen Renaissancebauten von Hameln. Die Stadt ist die Hochburg der sogenannten Weserrenaissance: Steinbauten wie das Hochzeitshaus, das Rattenjägerhaus, der Rattenzug, das Museum, das reich geschnitzte Stiftsherrenhaus sind Höchst-

leistungen vergangener Architektur. Alles das würde Hameln aber nie so weltbekannt gemacht haben wie die Sage vom Rattenjäger, die, eine Mischung von historischen Begebenheiten, mythischen Vorstellungen und gestaltendem Volksgespinn, ihre endgültige, einfache Form durch Grimm gefunden hat. An Schriftlichem aus alter Zeit ist nur die Inschrift am Rattenjägerhaus erhalten, wo es heißt: „Am Tage Johannes et Pauli Bar der 26. Junii Dorch ein Piper mit allerley Faroe beslehet Gewesen Kinder verledet Binnen Hamelen geboren To Caluarie bi den Koppen verloren“. Von allen Nachdichtungen der Sage hat ihr allein Goethes Rattenjägerlied eine tiefere Deutung zu geben gewußt.

Am benachbarten Lippeschen ist neben der ehemaligen Residenz Deimold die schönste alte Lipperstadt Lemgo, das um die Zeit der frühen Renaissance einen Rekord im Herenverbrennen aufgestellt hat und darum noch heute das „Herennest“ heißt. Da ist ferner das kleine, ganz einheitsliche, malerische Schwabenberg mit dem schönsten Fachwerkrathaus des Weserberglandes, ein buntes Gemisch von farbigem Gebälk, hellen Giebeln, krausen Winkeln, Blumen- und roten Hähnchen und blauen Schwalben.

Und zeigt nicht die Natur die gleiche Art wie das Volk und wie die Siedlungen? Man fühlt: es besteht hier ein überraschender Einklang zwischen Landschaft, Mensch, Dorf und Stadt, der in einigen Gestalten besonders erhöht, geförmt und weithin sichtbar herausgestellt ist. Raabe ist schon erwähnt worden. Man kennt neben der Weite auch das Schrägliche, Dickköpfige, Verpönnene seiner Art. In Städten und Dörfern gibt es noch eine große Zahl solcher Originale. Die Münchhausens werden immer wieder in Schäfern, Forstleuten, alten Bauern aufs neue produziert. Eulenspiegelchen — der Schein lebte nicht weit von der Weser abwärts — sind gang und gäbe. Und dicht hinter dem letzten nördlichen Bergzug, noch fast auf der Grenze zwischen Bergland und Ebene, war Wilhelm Busch zu Hause.

Der Geist lebt nicht nur in diesem originalen Menschen, er lebt in der Natur selbst. Da sind die einsamen Waldgebiete des Sollings und Reinhardswaldes, trüchtig von Sagen und Wilddiebsgeschichten, wo Idyllisches und Romantisches durcheinander wachsen. Gibt es im Solling noch Hochmoore, so trägt der Rein-

BAD ORB
IM SPESSART

Das aufblühende Heilbad für Herz, Gefäße, Rheuma, Magen, Darm u. Leber
in reizender Lage, mit vorzüglich mildem Klima und drei an Kohlensäure überreichen radioaktiven Sprudeln. Abgestufte Bäderkuren, Trink- und Inhalationskuren.
Direkter Versand der Mariusquelle zu Haustrinkkuren.
Reiseweg: Von Wächtersbach (D-Zugstation der direkten Strecke Berlin—Frankfurt a. M.) in 15 Minuten.
Verlangen Sie kostenlosen Prospekt durch die Kurdirektion.

Kurhaus-Hotel
Das führende Haus in Regio der Kurverwaltung.

Besucht den **HARZ** und Kyffhäuser
Alexisbad das Städtchen des Harzes keine Kurtaxe!
Bade- und Trinkkuren. Laub- und Nadelwald Gute Hotels u. Pensionshäuser. Pension von 4 bis 7,50 Mk. Prosp. d. Kurverwaltung Alexisbad.
Blankenburg (Harz) (254 Meter mittlere Höhe)
entzückend gelegener Luftkurort, mildes Gebirgsklima, viel Sonne, herrliche Wälder, großes Freibad
Der Ort der Erholung!
Auskünfte und Worbesschriften durch alle Reisebüros, Kurverwaltungen und den Harzer Verkehrsverband e. V., Wernigerode.

Gernrode Klimatischer Kurort in prächtvoller Lage
300m. Umkreisbar an herrlichen, malerischen Bäumen u. Laubbäumen. Ausganspunkt für Harzpartien, 2000m. Höhenkurort, 10.000 Schritte, Malerische Wälder.
Mäßige Preise • Keine Kurtaxe
Harzgerode 403 m. der Höhenluftkurort d. Harzes. Bill. Pensionen, keine Kurtaxe. Auskunft: Kurverw. Harzgerode.

Bad Süderode
bietet Ihnen alles glücklich vereint was Sie in den Ferien suchen: landschaftliche Reize, geselliges Kurleben, vorzügliche Küche, Gesunde Luft, ein u. viele. Prospekt durch Kurverwaltung.
Eibingerode Harz 500 m. Brockenplateau
Dabei Höhenluftkurort, Schwimmbad, Gondelbahn, Tennisplatz, Pelznäherie.
Resid. z. Schützengraben. Tel. 65. Fern. 5-5-97.
Besucht Wieda Luftkurort des Südharzes! 320-420 m. Freibad. Auskunft u. Prospekte Kurverw.

INTERNATIONALE HYGIENE RUSSTELLUNG DRESDEN 1931

München!
Empf. na. Zimmer. a. Bf. Bopp. 2.10 M. m. Fröst. Anm. erw. Frau Sterl. Schillerstr. 31. 3 Treppen.

Neuruppin (Luftkurort)
Am schönen Ruppiner See Pforte zur Ruppiner Schweiz. Wälder, Seen, Anlagen, hist. Sehenswürdigkeiten, Angel- u. Badegelassenheiten, Sportmöglichkeiten. Günstige Bahnverbindungen. Sonntagsrückfahrk. von u. nach Berlin II. Kl. 4.10 M., III. Kl. 4.20 M.
Kurz - Nerven - Rheuma - Frauenleiden heilt
Bad **Cangerode** Schwaan
Billige Pauschal-Kuren A 224.-
28 Tage einw. Arztbesuch
Prospekte kostenlos!

Härten ohne Sinn!

Die Notverordnung gegen die Städte muß fallen.

Der Deutsche Städtetag hat bei der Reichsregierung mit vollem Recht gegen die Notverordnung vom 5. August sehr scharfen Einspruch erhoben. Er übergibt der Öffentlichkeit folgende Sachdarstellung, die sensationell genug ist:

Die durch die letzte Notverordnung angeordnete plötzliche Kredittrennung der Sparkassen von ihren Gewährsverbänden, den Gemeinden, hat bei den Kommunen Entrüstung und einmütige Ablehnung hervorgerufen. Der Präsident des Deutschen Städtetages Dr. Muleri hat namens der Städte bei dem Reichkanzler und bei Reichsfinanzminister Dr. Dietrich scharfen Einspruch dagegen eingelegt, daß diese Notverordnung

ohne jede Fühlungnahme mit den Gemeinden und zum Teil in Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse ergangen ist. Dr. Muleri hat beantragt, die Ziffer 3 der Notverordnung als bald wieder aufzuheben.

In dem Schreiben des Städtetages heißt es, daß das Verbot des Kreditverkehrs zwischen Gemeinden und Sparkassen den Lebensnerv der kommunalen Selbstverwaltung trafe. Es werde völlig verkannt, daß die Sparkassen von jeher auf Grund von Gesetz und Statut zur gleichmäßigen Pflege von Realcredit und Kommunalkredit bestimmt seien. Im Realcredit sind heute mehr als 50 Prozent der Sparkassenguthaben angelegt, im Kommunalkredit, der nach dem Gesetz eine Inanspruchnahme bis zu 25 Prozent zuläßt, im Durchschnitt gegenwärtig weniger als 17 Prozent (!), nicht nennenswert mehr als in der Vorkriegszeit, obwohl der preußische Innenminister noch vor wenigen Monaten die volle Ausnutzung des Gemeindeanteils den Kommunen zur Pflicht gemacht hatte!

Die Gemeinden stehen im Rahmen der von ihnen in Anspruch genommenen Sparkassenmittel zugleich in einem regelmäßigen Kontokorrentverkehr bei den Sparkassen hinsichtlich der für sie eingehenden Steuern, Gebühren und sonstigen Einnahmen. Dieser

völlig ordnungsgemäße Verkehr wird durch die Notverordnung zerschnitten.

Die Gemeinden sind die Träger der Reichs- und Staatsgewalt in der örtlichen Instanz und müssen in diesem Sinne, ihre Zahlungen an Gehältern, Löhnen und Unterstützungen regelmäßig zu leisten. Den Anlaß zur Krise hoben bekanntlich weder die Städte noch die Sparkassen, sondern die Großbanken gegeben. Die Sparkassen sind nicht wegen des legalen Kommunalkredits in Schwierigkeiten gekommen, sondern im Zusammenhang mit der allgemeinen Zahlungsmittelkrise insbesondere deswegen, weil auf ausdrückliches Verlangen der Reichs- und Staatsregierung ein übergroßer Teil der Sparkassenguthaben im Realcredit und in jetzt illiquiden Reichs- und Staatspapieren angelegt worden ist.

Auch vom Standpunkt der Sparer aus wäre diese einschneidende Maßnahme nicht notwendig gewesen. Der Status der Sparkassen ist völlig gesund. Die von den Sparkassen im Real- und Kommunalkredit angelegten Beträge sind erstklassig gesichert. Das Sparkassenpublikum hat in den vergangenen Wochen fast durchweg mit Recht eine besonnene und ruhige Haltung eingenommen; infolge dessen ist mit Sicherheit anzunehmen, daß auch die bevorstehende Eröffnung des freien Zahlungsverkehrs sich ohne jede Schwierigkeit vollziehen wird.

Die Benachteiligung der Gemeinden gegenüber der privaten Wirtschaft durch Reichsbank und Reichsregierung erhält nach Ansicht der Städte einen besonders grotesken Ausdruck durch die Bestimmung, daß den Gemeinden zwar der

Weg zu den Instituten, die sie selbst für den kommunalen Kredit ausdrücklich geschaffen hatten, abgeschnitten, gleichzeitig aber als selbstverständlich angesehen wird, daß die Gemeinden weiterhin wie bisher die volle Haftung dieser Institute tragen.

Der sofort einberufene Vorstand des Städtetages wird zu dieser Lage Stellung nehmen; es unterliegt keinem Zweifel, daß er zu einschneidenden Beschlüssen kommen wird.

In der Notverordnung vom 5. Juni 1931 war die Zahlung der Reichszuschüsse an Kommunen von Garantien für eine äußerst sparsame Gemeinbewirtschaftung abhängig gemacht. Keine einzige deutsche Stadt ist unter Berufung auf diese Bestimmung von der Reichshilfe ausgenommen worden. Dadurch

haben Reichs- und Staatsregierung befundet, daß die jetzige Haushaltswirtschaft der Gemeinden nicht zu beanstanden ist.

Gleichwohl haben die Städte angesichts der gesamten Wirtschaftslage die Initiative ergriffen, um ihrerseits bestimmte Vorschläge für einen weiteren Abbau öffentlicher Ausgaben bei den Gemeinden selbst, aber auch bei Reich und Ländern zu machen, die bereits in aller nächster Zeit fertig vorliegen und alsdann der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden.

Der Städtetag begrüßt es, daß der Reichsrat mit großer Mehrheit beschlossen hat, den Reichkanzler zu ersuchen, nach seiner Rückkehr aus Rom über die Gründe und Absichten der Notverordnung vom 5. August Auskunft zu geben.

Wir haben sofort bei ihrem Erscheinen die Notverordnung gegen die Städte als unhaltbar gekennzeichnet. Sie reiht sich der 100-Mark-Verordnung als Beispiel des Verfalls der Rechtsbürokratie und der Reichsbank würdig an. Sie muß verschwinden, wie diese praktisch verschwunden ist.

Die Pariser Verhandlungen.

Hoffentlich heute Ergebnis.

Paris, 7. August.

Die Verhandlungen zwischen den Vertretern französischer und der deutschen Banken zur Erhaltung der in Deutschland angelegten kurzfristigen Kredite sind gestern und heute in Paris fortgesetzt worden. Nach einer Hanas-Ausschreibung ist bisher noch keine endgültige Entscheidung getroffen worden, doch hofft man in gut unterrichteten französischen Finanzkreisen, daß man morgen mittags zur Formulierung eines Abkommens gelangen werde, das den mit England und den Vereinigten Staaten getroffenen Abkommen ähnlich ist.

Verhaftung in einer NSDAP-Verammlung. In einer von der NSDAP in Adelat (im Südtiroler) veranstalteten Versammlung sprach in einer Diskussion ein auf Wanderschaft befindlicher Tischlergeselle aus Weiskirchen an der Soale. Der Redner ließ sich zu schweren Beleidigungen des Reichskanzlers Dr. Brüning hinreißen, so daß die anwesenden Volksgenossen einschritten und den Mann verhafteten. Er wurde dem Amtsgerichtsgefängnis zugeführt.

Das richtiggestellte Säulenplakat.



Gegen Severing — für Hitler!

Das ist der politische Sinn des kommunistischen „Ja“ beim Volksentscheid!

Tischreden in Rom.

Mussolini und Brüning tauschen Freundschaftsworte.

Während eines Staatsdiners zu Ehren Brünings und Curtius' hielt Mussolini eine Ansprache, in der es nach den Begrüßungsworten hieß:

In diesem für Deutschland und für alle anderen Länder außerordentlich schweren Augenblick hat Italien völliges Verständnis für die Notwendigkeiten, die sich aus dieser Lage ergeben, und für die Verpflichtungen, die jedem einzelnen im Interesse aller obliegen. Wir sind vor allem überzeugt, daß eine immer regere und freundschaftliche Zusammenarbeit der Regierungen und der Völker den besten Weg bedeutet, um endgültig aus den Schwierigkeiten herauszukommen und um allen eine Ära des Gedeihens und des Wohlstandes zu sichern.

Das faschistische Italien hat stets alles getan, um wirksam teilzunehmen an diesem großen gemeinsamen Werk, dessen Ziel es ist, die moralischen und materiellen Leiden zu heilen, die der Krieg hinterlassen hat und woran noch alle Völker leiden.

Es beabsichtigt, auch jetzt hierbei zu verharren und leidet keine willensstarke Mithilfe denen, die sich dieses Ziel setzen, so wie es dies kürzlich für den Vorschlag des Präsidenten Hoover getan hat. Wir sind überzeugt, daß die Vermittlung einer aufrichtigen politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Ländern auf immer weiteren und tieferen Gebieten ganz besonders dazu dienen wird, jenen Geist gegenseitigen Vertrauens zu schaffen, der Gewähr ist für einen wahren Frieden, begründet auf Recht und Gerechtigkeit.

Italien ist überzeugt, daß das deutsche Volk seinen Weg mit neuer Kraft weitergehen wird und im vollen Bewußtsein der großen Kräfte, die ihm innewohnen. In dieser Ueberzeugung werde ich bestärkt durch die kluge und energische Tätigkeit, die Em. Erzelenz entwickelt, um das deutsche Volk wieder in die günstigsten Verhältnisse zu führen und ihm die Zukunft zu sichern, die es verdient.

Hierauf erfolgte der Trinkspruch auf Hindenburg, Brüning, Curtius und das Gedeihen Deutschlands.

Reichskanzler Dr. Brüning

ermwiderte mit Dankworten, um dann fortzusetzen:

Wir sind in die ewige Stadt gekommen und machen von Ihrer lebenswürdigen Gastfreundschaft Gebrauch, durchdrungen von dem Gedanken, daß in der Lage, in der sich heute der größte Teil der Welt befindet, nichts nützlicher gewesen sei als der persönliche Kontakt und die offene Aussprache zwischen den leitenden Staatsmännern. Wir sind hoch erfreut, daß es uns trotz der Schwierigkeiten in unserem Lande möglich gewesen ist, Sie jetzt in der Hauptstadt Italiens, Ihres großen und unaufhaltbaren empfortreibenden Landes, aufzusuchen.

Indem Sie an die Ueberlieferungen der alten Zeit anknüpfen, die mit dem Begriff der römischen Bürgergenossenschaft untrennlich verbunden ist, haben Sie die im italienischen Volk kümmernden Kräfte zu Leistungen auf allen Gebieten der Zivilisation geweckt, die uns mit hoher Achtung erfüllen.

Die schweren Aufgaben, mit denen die deutsche Regierung ringt, sind Em. Erzelenz bekannt. Wir haben Vertrauen auf die Kraft, den Arbeitswillen und die Entfaltungsfähigkeit unseres Volkes, für die es schon oft genug Beweise gegeben hat. Es bereitet mir besondere Genugtuung, daß Sie derselben Ueberzeugung freien spontan Ausdruck gegeben haben.

Da unsere Sorgen nicht allein unser eigenes Land, sondern Europa und die Welt angehen, erhoffen wir das Verständnis aller, die guten Willens sind und der Welt den Frieden geben wollen.

Sie, Herr Ministerpräsident, waren unter den Ersten, die die bahnbrechende Bedeutung der Botschaft Präsident Hoovers erkannten und mit dem Ihnen eigenen staatsmännischen Weltbild und in Verfolg Ihrer seit langer Zeit eingenommenen grundsätzlichen Haltung in die Tat umsetzten. Ihr schneller und großzügiger Entschluß hat wesentlich dazu beigetragen, die kritische Lage der Weltwirtschaft hoffnungsvoller zu gestalten. Dafür gebührt Ihnen unser aller Dank. In Gedanken an die historische Bedeutung der deutsch-italienischen kulturellen Beziehungen habe ich die

Zuversicht, daß sich auch die wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Italien zum Segen beider Länder und zur Förderung der allgemeinen internationalen Kooperation auf der Grundlage von Recht und Gerechtigkeit fruchtbar weiter entwickeln wird.

In dieser Zuversicht bin ich nicht nur durch den freundlichen Empfang bestärkt worden, sondern auch durch den gleichzeitigen Ernst, mit dem Sie der Zusammenarbeit der Regierungen und der Völker das Wort geredet haben. Ich gebe der Hoffnung Ausdruck, daß die Zeit nicht mehr allzufern sein möge, in der wir uns am Erfolg der gemeinsamen Bemühungen um die Ueberwindung der großen Schwierigkeiten der Gegenwart erfreuen und mit Dante sagen können: Ita tunc cives, respirantes in pace, confusionis miserias in gaudio recolimus.

Der Reichskanzler erhob sein Glas auf das Wohlergehen des Königs sowie Mussolinis und auf eine glückliche Zukunft des italienischen Volkes.

Das Zitat in Brünings Tischrede stammt aus der Epistel Donics an Kaiser Heinrich VII. und bedeutet: Aufatmend im Frieden und voller Freude bestimmen wir Bürger uns auf die Trübsal der Verwirrung.

Wie in Chequers.

Rom, 7. August.

Der Besuch des Reichskanzlers und des Reichsaußenministers beim Chef der italienischen Regierung im Palazzo Venezia dauerte fast 1½ Stunden. Diese erste Aussprache, an der auch der italienische Außenminister und der deutsche Botschafter beim Quirinal teilnahmen, trug sehr offenen und freundschaftlichen Charakter.

Danach empfingen Dr. Brüning und Dr. Curtius die deutschen Pressevertreter. Sie erklärten, daß die Unterhaltungen im Geiste von Chequers geführt werden und gaben ihrer besonderen Genugtuung darüber Ausdruck, daß ihr Gedankenaustausch in London mit dem italienischen Außenminister, jetzt mit Mussolini fortgesetzt werden könne, der den Gedanken der europäischen Kooperation seit Jahren ganz besonders in den Vordergrund gestellt habe. Auch die Botschaften in Rom würden dazu beitragen, daß sich die Erkenntnis von der dringenden Notwendigkeit überall durchsetze, daß man nur durch gemeinsame Arbeit und durch Schaffung einer Vertrauensatmosphäre bei den Völkern selbst über den Berg der gegenwärtigen finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten hinüberkommen und die Gefahren überwinden könne, die daraus der ganzen Welt drohen. Das sei das Ziel der in Chequers begonnenen und seither in Paris, London und Berlin fortgesetzten und jetzt in Rom aufgenommenen Besprechungen.

Grüße Biffor Emanuels.

Rom, 7. August.

Reichskanzler Brüning und Außenminister Curtius haben den Wunsch ausgesprochen, dem König ihre Hochachtung bezeugen zu dürfen. Der König, der zur Zeit in Sant'Vei Baldieri ist, hat diese Absicht mit großem Dank aufgenommen, hat die Minister aber im Hinblick darauf, daß sie so bald wie möglich nach Deutschland zurückkehren müssen, wo sie schwere und dringende Aufgaben erwarten, gebeten, von der beabsichtigten langen Reise abzusehen und hat ihnen seinen Gruß entboten.

Brüning und Curtius bei Grandi.

Rom, 7. August.

Außenminister Grandi hat im Palais der Villa Borghese zu Ehren der deutschen Gäste ein Frühstück gegeben, an dem außer Brüning und Curtius der deutsche Botschafter v. Schubert, Oberregierungsrat Pland, Legationsrat Thomlen, Botschaftsrat Gmend und der Sekretär der Botschaft teilnahmen. Es waren außerdem Senatspräsident Federzoni, Kammerpräsident Giurati, verschiedene Minister usw. anwesend.

Das neue Spanien.

Gewaltiges Bauprogramm.

Madrid, 7. August.

Das katalanische Statut ist in der Volksabstimmung mit 6929061 gegen 3276 angenommen worden; außerdem wurden 1105 weiße Zettel abgegeben.

Der Bauminister hat den Cortes einen Plan über öffentliche Arbeiten für 1931—1933 in Höhe von 315 Millionen Peseten vorgelegt, der den Bau von Straßen, Kanälen und Bewässerungsanlagen, vor allem in Andalusien und Extremadura vorzieht. Der Ministerpräsident erklärte, daß die Regierung die vorübergehende Vertrauenskrise durch schnellste Verabschiedung der Verfassung und der Agrarreform beseitigen werde.

Der in Sevilla befürchtete Generalaufstand ist vorläufig ausgeblieben. Der parlamentarische Untersuchungsausschuß hat nicht festgestellt, ob bei der Erschießung von vier Syndikalisten in Sevilla das sogenannte Fluchtgesetz zur Anwendung gekommen sei.

Der chinesische Kommunistenführer Chotshjan ist in Kischner erschossen worden, als er mit seinen Begleitern die russisch-chinesische Grenze überschreiten wollte; mit ihm sind seine Frau, eine Europäerin und zwei weitere Kommunisten erschossen worden.

In Kalkutta hingerichtet wurde der Bengale Buswas wegen der Ermordung eines Polizeioberleiters in Tschaneur im vorigen September.

Volkentscheid-Programm.

Wofür die Reaktion gemeinsam mit der KPD. kämpft.

Während die vereinigten Parteien der Junker, Scharfmacher und Faschisten gegen das marxistische Regime in Preußen zusammen mit den „echten Marxisten“ der KPD. Sturm laufen, wirft die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ in einem Leitartikel die Frage auf, ob es in Deutschland während der letzten dreizehn Jahre überhaupt einen Kapitalismus gegeben habe. Und wenn die „DAZ.“ eine derartige Frage stellt, so will sie sie natürlich verneinen.

Ein politisch erzwungener Kapitalsentzug, schreibt die „DAZ.“, schließe bereits das Vorhandensein eines wirklichen Kapitalismus in Deutschland aus. Voraus man schließt, daß die kapitalistischen Westmächte, als sie in Versailles den Friedensvertrag diktierten, damit dem Kapitalismus in Deutschland den Garaus machen wollten, genau so wie die „DAZ.“ und ihre Geldgeber während des Krieges nur deshalb phantastische Kriegsschadigungen von den Alliierten forderten, um in der übrigen Welt den Kapitalismus umzubringen. Freilich hat das weder die deutschen, noch die französischen, belgischen, amerikanischen Kapitalisten gehindert, nach dem Kriege nicht nur miteinander Geschäfte zu machen, sondern auch internationale Kartelle und Trusts abzuschließen.

Es macht das Wesen des Kapitalismus aus, schreibt die „DAZ.“, daß der Unternehmer „mit eigenem oder fremdem Kapital nach beliebigem Gutdünken Bören einkauft und Arbeiter anwirbt, um mit ihnen für den freien Markt wieder zu produzieren“.

Es ist richtig, daß die Kartell- und Trustwirtschaft in Deutschland dieses „Wesens des Kapitalismus“ zum guten Teil ausgesetzt hat. Davon spricht das Blatt freilich nicht. Es behauptet dagegen, daß der Gesetzgeber dem Unternehmer vorschreibe, wen er einstellen und wen er entlassen dürfe, und daß auf dem Wege der Verwaltung die Löhne festgesetzt würden. Die „DAZ.“ hat nun vergessen hinzuzufügen, daß es gegenwärtig vor allem die Unternehmer sind, die von den Schlichtungsinstanzen diese Festsetzung der Löhne verlangen, die natürlich eine Herabsetzung sein soll. Wenn alles so wäre, wie es die „DAZ.“ wünscht, also Herabsetzung der Löhne um 30 Proz., keine Reparationszahlungen, Herabsetzung der Steuern, dann würde es in Deutschland nicht mehr fünf Millionen Arbeitslose geben. Als Musterländer, wo der Kapitalismus noch in Reinkultur herrsche, gibt die „DAZ.“ die Vereinigten Staaten und Frankreich an. Nun ist es ja nicht unbekannt, daß in diesen Ländern, wo Milch und Honig des Kapitalismus fließen, auch das Elend

keine Heimstätte hat. Die Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten, die keine Reparationszahlungen leisten, sondern empfangen, beträgt schätzungsweise gegenwärtig über 6 Millionen. In Frankreich ist die Arbeitslosigkeit nur eine scheinbar niedrige, in der Hauptsache deswegen, weil die zweieinhalb bis drei Millionen erwerbstätiger Ausländer, die in normalen Zeiten in Frankreich beschäftigt werden, in Krisenzeiten zum guten Teil wieder abwandern und im übrigen die Bevölkerung noch zu mehr als fünfzig Prozent auf dem Lande ansässig ist.

Die „DAZ.“ begnügt sich erfreulicherweise nicht damit, nur alles zu kritisieren, sie sagt auch, wie es besser gemacht werden muß. Wir zitieren:

„Das Programm der freien Wirtschaft ist sehr einfach: billige Mieten durch Einstellung der kostspieligen Neubauten; billige Tarife für Licht und Kraft durch Lösung der Versorgungsbetriebe aus den Desjitanprüchen der Kommunen; niedrige Steuern durch rückwärtslose Drückung aller öffentlichen, heute noch geübten Verschwendung, ohne dabei über juristische Zwirnsfäden zu stolpern; niedrige Bahnfrachten und schließlich zwei Millionen neue Arbeitsplätze einmal durch die erwähnte Kostensenkung und zum anderen durch die Freisetzung neuer wirtschaftlicher Kräfte, wenn die private Initiative durch die Übernahme der Kommunalbetriebe und die Wiedererlangung der Bewegungsfreiheit im Hause sich wieder zu regen beginnt.“

Was um es in ein leicht verständlicheres Deutsch zu übertragen: Beseitigung der Sozialpolitik und Sozialversicherung, die für die „DAZ.“ mit Verschwendung gleichbedeutend sind; Beseitigung des Schlichtungswesens und der Tarifverträge, ohne dabei über juristische Zwirnsfäden zu stolpern; Privatisierung aller öffentlichen Betriebe, besonders aber der Versorgungsbetriebe der Gemeinden; Steigerung der Wohnungsnote und damit der Mieten ins Aschgraue durch Einstellung der Neubauten. Man braucht hier nicht die Frage an die „DAZ.“ zu richten, wie sie unter diesen Umständen zwei Millionen Arbeitskräfte unterbringen will. Immerhin bleibt das Eingeständnis, daß ein Heer von drei Millionen Arbeitslosen ein untrennbarer Bestandteil des kapitalistischen Ideals der „DAZ.“ ist.

Nun weiß man sozusagen aus erster Hand, welche Politik die Verbündeten der KPD. treiben werden, wenn der Volkentscheid zum Siege führt.

sch 8 auf 6½ Stunden, wöchentlich von 45 auf 48 Stunden. Durch Neueinstufungen im Dienstalter sank das Gehalt der einzelnen Angestellten um 30 bis 148 Mark im Monat neben den Kürzungen aus den verschiedenen Rostverordnungen.

Ohne Kenntnis der Praxis oder besser noch unter Nichtachtung der Erfahrungen aus der Praxis hat unter anderem die Personalstelle der Reichsanstalt angeordnet, daß Berlin prozentual mit dem gleichen Personal auskommen müsse wie das übrige Reich, obwohl jeder Fachmann weiß, daß der Zu- und Abgang der Arbeitslosen die meiste Arbeit verursacht und gerade in der Großstadt und ganz besonders in Berlin weitaus am stärksten ist. 5000 Arbeitslose in Schlochau im Winter bleiben ständig 5000 laufende Unterstufungsfälle, bis das Frühjahr die Arbeitslosigkeit behebt. Von 5000 Arbeitslosen in der Großstadt gehen aber tagtäglich hunderte in Arbeit und kommen hunderte neue Arbeitslose hinzu, so daß statistisch wohl fast dieselbe Ziffer bleibt, aber tagtäglich Hunderte von Akten zur neuen Bearbeitung anfallen.

Durch die Rostverordnungen ist die früher fast einfache Arbeit in der Arbeitslosenversicherung allmählich zu einer Geheimwissenschaft geworden. Mitunter müssen heute 20 Paragraphen bei der Bemilligung eines Antrages beachtet werden. Trotzdem — Personalabbau.

Urlaubs- und Krankenaushilfen gibt es bei der Reichsanstalt seit einem Jahre überhaupt nicht mehr. Man hält es hier für selbstverständlich, daß die bis zum äußersten angespannten Angestellten die Arbeiten der Urlauber und Kranken einfach mitmachen.

Wenn nun wenigstens die Räumlichkeit der einzelnen Arbeitsämter halbwegs menschlich wären! Teilweise sind die Ämter noch in Holzbaracken und Schuppen untergebracht, die bei einem privaten Arbeitgeber schon längst von der Baupolizei behördlich geschlossen worden wären.

Dazu kommen ständige „vorsorgliche“ Kündigungen, weil angeblich in absehbarer Zeit die Zahl der Arbeitslosen sinken wird. Dann die verständliche Nervosität der Arbeitslosen, die zu bedauernden Ausschreitungen gegen das Personal führt.

Das Arbeitsamtspersonal ist am Ende seiner Kraft. Der Winter wird leider sechs oder noch mehr Millionen Arbeitslose bringen. Was dann? Kommt es zu ersten Konflikten, so trägt die Reichsanstalt die Schuld.

Die ersten Opfer sind jene zwei Angestellten in der Personalstelle.

Grobe Täuschung der Öffentlichkeit.

Erfundene Lohnerhöhungen.

An den schlechten Zeiten sind, wenn man die Unternehmer hört, einzig und allein die „hohen Löhne“ und die sozialen Lasten schuld. In allen Geschäftsberichten ist das bereits eine stehende Redensart. So heißt es auch z. B. in dem Geschäftsbericht der Stettiner Chamottefabrik A. G. vom D. Didier Berlin für das Jahr 1930: „Durch organisatorische Maßnahmen wurden zwar weitere Ersparnisse erzielt, sie wurden aber zum größten Teil durch Lohnerhöhung und durch die Steigerung der steuerlichen und sozialen Lasten wieder aufgehoben.“

Wir möchten die Verwaltung des Didier-Konzerns einmal öffentlich fragen, in welchem ihrer Werke im Jahre 1930 eine Lohnerhöhung eingetreten ist. Unseres Wissens ist in den Werken im vergangenen Jahre keine einzige Stundenlohnerhöhung eingetreten, und was die Akkordlöhne betrifft, so ist uns in verschiedenen Fällen berichtet worden, daß nicht eine Erhöhung, sondern eine Senkung erfolgt ist.

Stellt die Verwaltung des Didier-Konzerns den Geschäftsbericht etwa nach vorgegedruckten Formularen her? Jedenfalls bleibt eine derartige Berichterstattung eine grobe Täuschung der Öffentlichkeit.

Und nun die sozialen Lasten? Wir können uns denken, daß wohl für den einzelnen Kopf der Belegschaft die sozialen Lasten gestiegen sind, der Gesamtebeitrag kann jedoch bei Einschränkung der Betriebe, Verminderung der Belegschaftstärke nicht nur infolge der Wirtschaftslage, sondern vor allem infolge neuer technischer Einrichtungen gefallen sein. In dem Geschäftsbericht heißt es: „Im Verein mit der Scheidhauer Gießing A. G. und der Stellwert A. G. norm. Wälsch u. Co. sind weitgehende Rationalisierungsmaßnahmen durchgeführt, die ihren früheren Ausdruck in dem Abschluß von Interessengemeinschaftsverträgen gefunden haben.“

Der Didier-Konzern spielt heute in der feuerfesten Industrie eine gewaltige Rolle. Das verdankt er nicht zuletzt seinen tüchtigen Arbeitern. Von Arbeiterfreundlichkeit zeugt es aber nicht, wenn man stets und ständig erklärt, die hohen Löhne seien schuld, daß das geschäftliche Ergebnis nicht befriedige.

Schuharbeiter von Limoges ausgesperrt.

Paris, 7. August. (Eigenbericht.)

Die Schuhfabriken in Limoges haben am Freitagmittag ihre sämtlichen Arbeiter, etwa 6500 Mann, ausgesperrt.

Dem Konflikt liegt ein unbedeutender Zwischenfall in einer kleineren Fabrik zugrunde, die kaum 100 Arbeiter beschäftigt. Diese Firma, die wegen der Absatzkrise nur jede zweite Woche arbeitet, hatte einen Arbeiter fristlos entlassen. Acht Arbeiter erklärten sich daraufhin mit ihrem Kollegen solidarisch und legten die Arbeit nieder. Da keine Einigung zwischen der Leitung der Fabrik und den acht Arbeitern zustande kam, trat schließlich die gesamte Belegschaft in den Streik. Das hatte die Generaldirektion der Schuhfabrik veranlaßt, am Freitag die Belegschaft aller Werke auf die Straße zu setzen.

Biertagearbeit bei Opel.

Wie die Adam Opel A. G. in Rüsselsheim a. M. mitteilt, hat sich ihr Absatz schneller erholt als vorauszusehen war. Sie hat daher die Arbeitszeit von drei Tagen wöchentlich in dieser Woche wieder auf vier Tage ausgedehnt.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Wir fahren nach Lübeck! Treffpunkte: 1. Transport 8 Uhr, 2. Transport 16 Uhr, 3. Transport 20 Uhr. Letzter Bahnhof (Bahnhofstraße).

Verantwortlich für Politik: Dr. Carl Schwarz; Wirtschafts: G. Altinghölzer; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Revue: Dr. John Schlotzki; Zetolo; und Schriftführer: Reichs-Karlsruhe; Anzeigen: H. Glöck; Schriftführer: Berlin. Verlag: Fortwörter-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Fortwörter-Verlag G. m. b. H., Berlin. Preis: 60 Pf. Einband: 2 Bände 2 Bänden.

Immer weiße Zähne

Ich möchte Ihnen mitteilen, daß wir schon über 15 Jahre die Zahnpaste Chlorodont benutzen. Noch nie hat sie uns enttäuscht! Wir hatten immer weiße Zähne und einen angenehmen Geschmack im Munde, umso mehr, da wir schon längere Zeit das Chlorodont-Wundwasser benutzen. Auch benutzt die ganze Familie nur Chlorodont-Zahnbürsten. G. C. Gaidoche, Br... Man verlange nur die echte Chlorodont-Zahnpaste, Tube 64 Pf. u. 90 Pf., u. weiße eben Ertrag dafür zurück.

Gegen den Volkentscheid.

Beschluß der Karstadt-Belegschaft.

In der am Donnerstag von den freien Gewerkschaften einberufenen Betriebsversammlung der gewerblichen Arbeitnehmer kam auch der Hitler-Thälmann-Volkentscheid zur Sprache. Von allen Rednern wurde in herzerfrischender Weise der Arbeiterverrat der Kommunisten gebrandmarkt. Kämen diese Zweckverbündeten ans Ruder, dann könnte die deutsche Arbeiterschaft unter den rauchenden Trümmern der Gewerkschaftshäuser nach den Sozialgelesen suchen.

Moskau will die Lebenshaltung des deutschen Arbeiters auf das russische Niveau herabdrücken. Die Arbeiter, die heute noch der KPD. und ihren neuen Verbündeten nachlaufen, sind die früheren Selben mit ihrer krankhaften Scheu vor Beitragsleistungen.

Die folgende Entschließung fand einstimmige Annahme: „Die am 6. August in Miems feststehende Betriebsversammlung der gewerblichen freigewerkschaftlichen Betriebsangehörigen des Warenhauses Karstadt, verurteilt das Eintreten der Kommunistischen Partei für den Stahlhelm-Volkentscheid auf das schärfste und brandmarkt es als gemeinen Arbeiterverrat.“

Die Betriebsversammlung fordert alle Kolleginnen und Kollegen auf, am 9. August nicht zur Abstimmung zu gehen und der Reaktion Hitler-Thälmann zur verdienten Niederlage zu verhelfen.“

Die Christlichen 1930.

Die Wirkungen der Krise.

Wie aus dem soeben veröffentlichten Jahrbuch 1930 des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften hervorgeht, haben auch die christlichen Arbeitergewerkschaften infolge der anhaltenden Krise Mitglieder verloren. Ausschließlich der nicht nur aus Lohnempfängern bestehenden Gruppe der Verkehrs- und Staatsbediensteten, die kooperativ dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands angeschlossen ist, zählten die christlichen Arbeitergewerkschaften zu Ende des vorigen Jahres 658 707 Mitglieder gegenüber 673 127 Mitgliedern Ende 1929. Einschließlich der Verkehrs- und Staatsbediensteten zählte der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands Ende 1930 insgesamt 778 863 Mitglieder. Es gingen demnach im Laufe des Berichtsjahres in den christlichen Arbeitergewerkschaften 14 420 Mitglieder oder mehr als 2 Proz. der Gesamtmitgliedschaft verloren. Während einige Verbände noch geringe Mitgliederzunahmen zu verzeichnen haben, sind bei anderen Verbänden zum Teil sehr große Mitgliederverluste eingetreten, wie z. B. bei dem christlichen Zentralverband der Landarbeiter ein Verlust von rund 10 Proz. der Mitglieder. Die stärksten Verbände im Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands sind die Metallarbeiter mit 126 619 Mitgliedern am Jahresabschluss 1930, die Bergarbeiter mit 100 128 Mitgliedern, die Textilarbeiter mit 72 702 Mitgliedern, die Landarbeiter mit 72 749 Mitgliedern, die Fabrikarbeiter mit 68 000 Mitgliedern und die Bauarbeiter mit 49 113 Mitgliedern. Im Zentrum der christlichen Gewerkschaften, in Rheinland und Westfalen, sind etwa 44 Proz. der gesamten Mitglieder der christlichen Arbeitergewerkschaften ansässig, und zwar 128 120 in Westfalen und 163 564 im Rheinland, zusammen also 291 684 Mitglieder.

Ueber Lohnbewegungen und Streiks im vorigen Jahr sowie deren Erfolge wird weiter in dem allgemeinen Teil des Jahrbuches, noch in den Berichten der einzelnen Verbände viel gesagt, was keinen Grund hauptsächlich darin haben dürfte, daß die christlichen Gewerkschaften infolge des Ueberwiegens der freien Gewerkschaften selbständige Lohn- und Tarifbewegungen fast gar nicht führen.

Die finanzielle Entwicklung der christlichen Gewerkschaften ist durch die Krise ebenfalls stark beeinflusst worden. Einer Gesamteinnahme von rund 25 Millionen Mark im Jahre 1929 steht im Berichtsjahr eine Einnahme von rund 24¼ Millionen Mark gegenüber; einer Gesamtausgabe von rund 20,4 Millionen Mark im Jahre 1929 dagegen eine Ausgabe von etwa 21,56 Millionen Mark im vorigen Jahr.

Abschließend seien noch einige Bemerkungen aus dem allgemeinen Teil des Jahrbuches wiedergegeben. So wird in dem Kapitel „Gewerkschaftskartelle“ berichtet, daß es neben

einer günstigen Beurteilung der Tagespresse, die der christlichen Gewerkschaftsbewegung nahesteht, auch nicht an kritischen Stimmen fehlt. Ein Gewerkschaftskartell berichtet z. B.: „Der Einfluß der Unternehmer wird auch auf unsere Presse jeden Tag größer (!) und wirkt sich unheilvoll für uns aus.“

Zur Lohnabbaupolitik des Reichsarbeitsministers wie überhaupt zu der Politik der Reichsregierung äußert sich das Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften Deutschlands aus begründeten Gründen nur sehr unklar und zaghaft.

Der Kampf der Konditoren.

Strafantrag wegen Erpressung gestellt.

Die Berliner Konditoreninnung scheint unter der Führung ihres Syndikus Dr. Kuhnle schlecht beraten zu sein. Der Scharfmacherturs, den dieser Syndikus im Namen der Konditoreninnung gegen das Konditoreipersonal zu steuern versucht, wird ihm durch den Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter immer wieder durchkreuzt. Nachdem der Innung zum Arbeitsgericht in einer von ihr angestrebten Klage der Tarifbruch attestiert worden war, machte sie nach dem Scheitern der Verhandlungen über den Neuabschluß eines Tarifvertrages den Versuch, einen von ihr entworfenen „Tarifvertrag“ diktatorisch in Kraft zu setzen. Sie glaubte, durch das Eintreten des tariflosen Zustandes am 30. Juni schon halb gewonnenes Spiel zu haben und keinen nennenswerten Widerstand des Konditoreipersonals mehr zu finden.

Das Konditoreipersonal hielt sich aber an die Weisung der Organisationsleitung und lehnte die Unterschrift unter die von der Innung fabrizierten Einzeltarife ab. Einem schon wesentlich milderen „Tarifvertrag“ blühte das gleiche Schicksal. Die Innung mußte zu ihrem Leidwesen feststellen, daß selbst während einer tariflosen Zeit, mitten in einer schweren Krise gegen eine Arbeiterschaft, die eine gute gewerkschaftliche Rückendeckung hat, nicht viel auszurichten ist.

Nun versuchten es einige Konditoreibesitzer mit der Bravour. Die bekannte Konditorei Gumpert, die Konditorei Schilling am Kurfürstendamm und die Konditorei Schauh in der Köpenicker Straße, unter Assistenz des Obermeisters, erzwangen von ihren Belegschaften unter Androhung der Entlassung die Zustimmung zum Abbau ihrer Löhne und zum Verzicht auf die Ansprüche, die sie noch aus dem Tarifvertrag haben, der bis zum 30. Juni in Kraft gewesen ist. Wegen dieses brutalen Vorgehens hat der Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter gegen die drei Firmen und den Obermeister der Innung Strafantrag bei der Staatsanwaltschaft wegen Erpressung gestellt.

Dieses energische Vorgehen der Organisation wurde in der Konditorenversammlung am Donnerstag im „Palais des Zentrums“, in der Genosse Thiemme vom Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter einen Situationsbericht gab, lebhaft begrüßt. Die Versammlung gelobte auch, alle Kräfte aufzubieten, um die der Organisation noch fernstehenden für den Verband zu gewinnen, damit in den nächsten Monaten zum wirksamen Gegenstoß gegen die tariffeindliche Innung ausgeholt werden kann.

Opfer der Reichsanstalt.

Zwei Arbeitsamtsangestellte im Irrenhaus.

In den letzten Tagen mußten zwei Arbeitsamtsangestellte in städtische Nervenheilanstalten übergeführt werden. Sie hatten infolge der Heberanstrengung durch den Dienst einen Nervenzusammenbruch erlitten. Es handelt sich um Angestellte der Arbeitsämter West und Mitte.

Oft wurde an dieser Stelle auf die Folgen der Herausforderungen der sogenannten Rezhiffern hingewiesen. Im Laufe von noch nicht zwei Jahren wurde die Zahl der von einem Arbeitsamtsangestellten zu betreuenden Arbeitslosen von durchschnittlich 80 auf fast 200 hinaufgesetzt. Das Arbeitstempo wurde dementsprechend erhöht.

Zugleich mit der Erhöhung des Arbeitstempos erfolgte gerade in Berlin eine Verlängerung der Arbeitszeit und ein gewaltiger Abbau des Gehalts. Die Arbeitszeit stieg von täg-